

22. Mai 2020
76. Jahrgang
Nr. 17/18

Einzelnummer: Fr. 4.–
Internet:
www.vorwaerts.ch

Retouren:
vorwärts
Postfach 8230
8036 Zürich

Denis de la Reussille:
Der PdA-Nationalrat
fordert die Suspendierung
der USA in der UNO.

3

Schweiz:
Solidarité sans frontières
fordert Chancengleichheit
für junge Geflüchtete.

4

Arbeitslosigkeit:
Millionen von Menschen
weltweit verlieren durch
die Pandemie ihre Arbeit.

7

Venezuela:
Der Versuch einer be-
waffneten Invasion
wurde abgewehrt.

12

vorwärts

die sozialistische zeitung.



Solidaritätsaktion für
Kuba in Basel. Weitere
werden folgen müssen!
Bild: zVg

Neue Eskalation!

Positionen

Mit der Unterstützung von allen zwölf FDP-Ständerät*innen reichte der Zürcher Ständerat Ruedi Noser einen Vorstoss ein, der folgendes vorsieht: Das Rentenalter wird für alle auf 67 Jahre erhöht, dafür sollen Arbeitnehmer*innen unter 50 Jahre neu sechs und über 50-Jährige sieben Wochen Ferien bekommen. Dies sei die «günstigste und gerechteste Lösung», meinte Noser. Es steht der Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) nicht zu, über den Gerechtigkeitsinn von Herr Noser zu urteilen. Fakt ist, dass die PdAS unter «gerechter Lösung» mit Sicherheit etwas anderes versteht als der FDP-Ständerat Noser. Tatsache ist auch, dass es für die Arbeitnehmer*innen in der Schweiz eine weit «günstigere Lösung» gibt: Allein die Besteuerung von zwei Prozent der Vermögen ab drei Millionen Franken würde dem Staat jährliche Einnahmen von 17 Milliarden Franken beschaffen. Geld, um die AHV zu finanzieren, ist vorhanden. Die Frage ist daher, wer für die Kosten dieses Sozialwerks aufkommen soll: Die Millionär*innen durch eine höhere Besteuerung ihrer Vermögenswerte oder die Arbeitnehmer*innen, in dem sie zwei Jahre länger arbeiten müssen bis zur Rente? Für die PdAS ist die Antwort klar!

PARTEI DER ARBEIT DER
SCHWEIZ

sit. Immer mehr Schweizer Banken führen keine Inlandzahlungen mehr durch, die einen Bezug zu Kuba haben. Konkret: Mitgliederbeiträge und Spenden an Solidaritätsorganisationen werden verweigert. Es ist die Umsetzung der Verschärfungen der US-Blockade gegen Kuba hier bei uns.

«Die Abwicklung von Zahlungen mit Bezug zu Kuba sind aufgrund des US-Sanktionsregimes grösstenteils nicht mehr möglich. Der Konzern BKB hat sich deshalb entschieden, keine Zahlungen mit Bezug zu Kuba mehr auszuführen», schreibt am 4. Mai die Bank Cler der Vereinigung Schweiz-Cuba Zürich (VSC). Drei Tage später folgt der definitive Nackenschlag. Bezugnehmend auf die «Allgemeinen Geschäftsbedingungen» teilt die Bank der VSC schriftlich mit, dass «wir die mit ihnen geführten Geschäftsbeziehungen per sofort kündigen.» Keine Vorinformation, keine Rechtsmittelbelehrung, per sofort geht einfach gar nichts mehr. Punkt. Aus. Ende.

Kein Geld für Kuba

«Was sich im letzten September abzeichnen begann, als auch die Postfinance den Auslandszahlungsverkehr zu Kuba einstellte, erfährt nun eine weitere Eskalation», hält René Lechleiter der VSC Zürich gegenüber dem *vorwärts* fest. Was Lechleiter zurecht als Eskalation bezeichnet, ist folgende Tatsache: Neu werden auch Inlandzahlungen verweigert, die in irgendeiner Form mit Kuba zusammenhängen, wie zum Beispiel die Überweisung von Mitgliederbeiträgen an der VSC. Bisher wurden die Auslandszahlungen nach Kuba nicht mehr abgewickelt. «Die Bank will verhindern, dass Geld direkt oder indirekt nach Kuba fliesst. Dies wurde von der Bank Anfang April einem Mitglied der VSC Zürich, dessen Zahlung nicht ausgeführt wurde, telefonisch so gesagt», erklärt Lechleiter.

Die Angst der Bank

Der *vorwärts* fragte bei der Bank Cler nach und wurde von der Mediensprecherin Nathalie Waltmann freundlich elegant abgefertigt: «Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir zu einzelnen Geschäftsbeziehungen aufgrund des Bankkundengeheimnisses kei-

ne Auskunft geben können.» Mit der kargen Antwort doch nicht ganz zufrieden, hakten wir in Sache Bankgeheimnis nach und wollten wissen: «Gilt denn dieses für die VSC nicht, ist er davon ausgeschlossen? Wie und warum sollen die US-Behörden von einer Inlandzahlung erfahren, also wenn zum Beispiel eine in Zürich lebende Person dem VSC den Mitgliederbeitrag von 100 Franken überweist?» Die Antwort der Bank: «Wie die US-Behörden möglicherweise an Zahlungsdetails kommen, entzieht sich unserer Kenntnis.» Echt?

Das Vorgehen der Bank zeigt offensichtlich, dass sie Angst hat, und vermutete oder eben doch weiss, dass ihre Inlandzahlungen auf dem Schreibtisch der Amis landen können. Diesbezüglich stellt der VSC Zürich in einem Schreiben an den Ombudsmann der Schweizer Banken die richtigen Fragen: «Müssen die Inlandzahlungen freiwillig gemeldet werden? Oder ist der Zahlungsverkehr innerhalb der Schweiz gar einer vom Ausland aus betriebener Überwachung unterworfen?» Auf die Antworten dürfen wir gespannt sein.

Einst im Zeichen der Solidarität gegründet

Skandalös ist das Vorgehen der Bank Cler auch mit Blick auf ihrer Geschichte, denn sie hat ihre Wurzeln in der Schweizer Arbeiter*innenbewegung. 1927 gründeten der Verband Schweizerischer Konsumvereine (heute Coop) und der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) die «Genossenschaftliche Zentralbank». Sie hatte anfänglich die Sicherstellung der Finanzbedürfnisse der Genossenschaften als Auftrag, insbesondere für den Wohnungsbau und den Zahlungsverkehr. 1970 erfolgte die Umwandlung in eine AG und 1995 die Umbenennung in Coop Bank. 1999 übernahm die Basler Kantonalbank (BKB) die Mehrheit der Aktien, 2017 wurde das restliche Aktienpaket gekauft. Es entstand die Bank Cler, als 100-prozentige

Tochtergesellschaft der BKB, die im Besitze des Halbkantons Basel-Stadt ist. Einst im Zeichen der Solidarität ins Leben gerufen, trägt die Bank heute aktiv die unmenschliche, imperialistische US-Blockade gegen Kuba mit. Die Gründungsväter werden sich vor Ekel im Grabe mehrmals umdrehen.

Keine Beatmungsgeräte für Kuba

Betroffen von der neuen Handhabung der Inlandzahlungen durch die Banken ist nicht nur die VSC Zürich. Samuel Wanitsch, Mitglied der nationalen Koordination der VSC, bestätigt auf Anfrage, dass verschiedene Schweizer Banken die Überweisung von Mitgliederbeiträgen oder Spenden verweigert haben. Gleiches teilt auch die NGO mediCuba-Schweiz in ihrer Medienmitteilung vom 22. April mit: «Uns erreichten in den letzten Tagen Klagen von mehreren Unterstützer*innen, dass ihre Bank die Überweisung von Spenden an uns verweigert habe, welche sie zur Unterstützung unseres derzeitigen Nothilfe-Projektes #CubavsCovid19 überweisen wollten!» mediCuba machte auf einen anderen Fall publik: Die Schweizer Firmen IMT Medical AG und Acutronic Medical Systems AG lehnten die Lieferung von Beatmungsgeräten ab, welche die kubanische Import-Export-Firma Medicuba S.A. bestellen wollte. Die beiden Unternehmen hatten in der Vergangenheit Geschäfte mit Kuba getätigt. Sie wurden jedoch vor zwei Jahren von der amerikanischen Firma Vyair Medical Inc. übernommen, die ihnen die Anweisung erteilte, alle Handelsbeziehungen mit Kuba auszusetzen.

Wer schweigt, stimmt zu

Die konkreten Umsetzungen der von den USA diktierten Verschärfungen sind ein Angriff auf die Solidaritätsbewegung mit Kuba. Es ist aber auch mehr: Es ist die helvetische Front des US-Imperialismus, die immer deutlicher sichtbar ist. Was tun? Der VSC Zürich ruft in einem E-Mail dazu auf, «eine möglichst breite Bewegung zu bilden gegen diesen vorsehenden Gehorsam der Schweizer Banken gegenüber der Blockadepolitik einer ausländischen Macht.» Von dieser Notwendigkeit muss angesichts der Fakten wohl niemand mehr überzeugt werden. Verschiedene Organisationen, darunter auch die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS), haben ihre Bereitschaft bereits erklärt. Nötig sind jetzt Taten – wer zu diesem Unrecht weiter schweigt, stimmt ihm zu.

Im Lift und in der Beiz

Sie teilt nicht mehr den Lift im Block mit anderen Leuten, er geht nicht mehr in die Beiz, obwohl er diese sozialen Kontakte schätzt. Denn beides könnte bedeuten, dass sich plötzlich per Telefon eine kühl-freundliche Stimme der Abteilung Contact Tracing des kantonalen Gesundheitsdepartements meldet und eine Ferndiagnose stellen will, weil vermutlich die dringlichen Pandemie-Empfehlungen des Bunds im Lift oder in der Beiz nicht eingehalten worden seien.

Ist er oder sie dann mit der vorgeschlagenen Massnahme (Formular ausfüllen, ärztliche Untersuchung, Medikation, Impfung, Meldepflicht, Selbst-Quarantäne oder Internierung) nicht einverstanden, kann der Empfehlung mit einer behördlichen Verfügung Nachdruck verschafft werden. Sollte er oder sie das Glück haben, einer behördlichen Massnahme zu entgehen, ist davon auszugehen, dass sie oder er vorsorglich auf einer offiziellen Liste für mutmassliche Träger- und Verbreiter*innen eines gefährlichen Virus landet und potenzielles Ziel von Zwangsmassnahmen bleibt. Es gibt Menschen, die sich nicht den eindimensionalen und oft auch schädlichen Massnahmen und Therapien der Medizinindustrie wie Virustests, weggespartes Personal, Fehldiagnosen, Falschbehandlung, Intubationen, überdosierte Medikamente, Medikamentenversuche, zu viele Impfungen und Operationen aussetzen wollen.

DAMIAN BUGMANN

Künstliche Intelligenz

In zahlreichen Ländern, auch in der Schweiz, steht eine App hoch im Kurs, mit der nachverfolgt werden kann, mit wem an Covid-19 erkrankte Menschen kürzlich Kontakt hatten. Solche Contact-Tracing-Apps verwenden einen wichtigen Bestandteil von Anwendungen künstlicher Intelligenz (KI): Algorithmen. Die Gewerkschaft syndicom hat Leitprinzipien für den Einsatz von künstlicher Intelligenz mit sozialer Verantwortung formuliert, welche bei der Erarbeitung der gesetzlichen Grundlage berücksichtigt werden sollen.

Das Zusammenspiel zwischen Mensch und KI-Systemen birgt die Chance, das Verhältnis aller Lebensbereiche zueinander neu zu denken und zu gestalten. Damit die Chancen von KI genützt und gleichzeitig die Risiken minimiert werden können, muss jedoch der Grundsatz «Mensch vor Maschine» integraler Bestandteil der Überlegungen beim Einsatz von künstlicher Intelligenz sein. Das jüngste Beispiel der Anwendung von künstlicher Intelligenz ist die Contact-Tracing-App zur Eindämmung des Coronavirus. syndicom begrüsst die Forderung, dass die App auf einer eigenständigen gesetzlichen Grundlage basieren muss. Diese Grundlage hat jedoch Leitprinzipien der sozialen Verantwortung Rechnung zu tragen.

Technologie ist nie neutral; Sie wird in einem bestimmten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Kontext produziert. Deshalb muss beim Design, bei der Entwicklung und Einführung sowie beim Einsatz von KI-Systemen zwingend die ethische und soziale Verantwortung wahrgenommen werden – Freiheits- und Menschenrechte sind zu achten. KI-Systeme sollen transparent, verständlich, erklärbar und als solche erkennbar sein. Entscheidend in diesem Zusammenhang ist: Wenn KI-Systeme Menschen betreffen, sollen die Betroffenen das Recht haben, diese Entscheide anzufechten und durch einen Menschen prüfen zu lassen. syndicom erwartet vom Bundesrat, diese Prinzipien bei der Ausgestaltung der gesetzlichen Grundlage für die Contact-Tracing-App zu berücksichtigen.

GEWERKSCHAFT SYNDICOM
AUSFÜHRLICHE INFOS ZUM THEMA:
SYNDICOM.CH/THEMEN

In eigener Sache

Das Buch ist da!

Wir freuen uns sehr, verkünden zu dürfen, dass das Buch zum Frauen*streik 2019 eingetroffen ist und jetzt bestellt werden kann.

BESTELLEN ÜBER: WWW.VORWAERTS.CH

Impressum

HERAUSGEBERIN:
Verlagsgenossenschaft vorwärts,
PdAS und ihre Deutschschweizer
Sektionen. Postfach 8230, 8036
Zürich, PC: 40-19855-7.
Die Publikation erscheint
14-täglich.

REDAKTION:
vorwärts, Postfach 8230, 8036
Zürich
Tel. 044 241 66 77,
E-Mail: redaktion@vorwaerts.ch,
Redaktion: Damian Bugmann
(dab), Siro Torresan (sit), Sabine
Hunziker (sah), Florian Sieber (flo)

REGELMÄSSIGE MITARBEIT:
Jonas Ammann, Roger Stettler,
Fabian Perlini

ABONNEMENTE:
vorwärts, Postfach 8230, 8036
Zürich
abo@vorwaerts.ch
Jahresabo: 160.–
reduziert (AHV, Stud.): 110.–
Probeabo: 4 Ausgaben gratis

DRUCK:
Union Druckerei Berlin



Danke für deine solidarische Unterstützung in diesen auch für unsere Zeitung schwierigen Zeiten!

**PC Konto: 40-19855-7
IBAN: CH98 0900 0000 4001 9855 7
Verlagsgenossenschaft vorwärts
4056 Base!**

Dringender Handlungsbedarf

Jean Aicher. **Es ist eine sehr schwere Zeit mit der Corona-Pandemie und der Weltkrisen. Wir wissen nicht, was auf uns zukommt.**

Die Wirtschaftsbesse wollten ohne Sicherheit vor Corona die Wirtschaft ankurbeln, auf Teufel komm raus.

Es kann nicht schnell genug gehen, um ihre Gewinne einzufahren, Lohnkürzungen und wenn möglich noch Sonntagsverkäufe durchzusetzen. Das dürfen wir nicht dulden! Wegen der Coronakrise haben die Arbeitgeber*innen noch mehr Heimarbeit erfunden, die man nur so ausbeuten kann und es gibt keine Zeiterfassung mehr. Viele Angestellten werden aus Angst vor Jobverlust länger arbeiten, als wenn sie in der Firma an ihrem Arbeitsplatz wären. Viele Arbeitgeber*innen sind Profis beim Ausspielen der Arbeiter*innen untereinander. Angst macht gefügig, dank dieser Methoden können sie die Angestellten unterdrücken und mehr Leistungsdruck aussetzen. Wir müssen damit rechnen, dass in Zukunft sehr viele Menschen arbeitslos werden. Besonders die kleinen Leute mit schlechten Ausbildungen sind die Opfer der künftigen Entwicklungen. Das dürfen wir nicht hinnehmen! Wir fordern Arbeit für alle!

Krankheit und Tod

Die allergefährlichste Pandemie ist die systematische Umweltzerstörung. Das kapitalistische System ist unser Sargnagel. Es vernichtet Leben, zerstört masslos die Natur, selbst das Klima verändert sich. Sobald die Vielfalt von Tieren, Insekten und Pflanzen vollends ausgerottet ist, ist auch unser Leben zu Ende. Auch deshalb müssen wir die Augen offen halten und kräftig Widerstand gegen die Umweltzerstörungen aufbauen. Wenn wir nichts dagegen tun, dann fährt der Zug ab. Dann gibt es nur noch Krankheit und Tod. Wir dürfen nicht mehr so weiterfahren, wie bisher. Beim Einkauf wäre es immer klug, sich zu überlegen, ob man dieses oder jenes wirklich braucht.

Es ist doch klar, dass das kapitalistische System unnötige Produkte herstellt, die keinen Sinn machen. Über die Werbung erzeugen die Kapitalist*innen mit nutzlosem Plunder ein Bedürfnis in uns. Wir glauben als Verbraucher*innen, dieses Produkt sei eine Erleichterung für den Alltag, und erst später bemerken wir, dass es vollkommener Blödsinn ist, den man nicht gebrauchen kann und der uns nur noch mehr Arbeit macht. Die meisten Produkte enthalten Weichmacher und hochgradiges Gift und die Verpackungen sind

auch noch aus Plastik. Vor allem Kosmetikprodukte und Kunststofftextilien enthalten Mikroplastik. Und am Schluss landen die Plastikpartikel in Flüssen, Seen und im Meer, es wird von Fischen und Wasservögeln aufgenommen. Das ist sicher nicht vernünftig.

Mikroplastik, Atomenergie

Am Ende haben auch wir Menschen diese Mikroplastik auf dem Teller, und einen qualvollen Tod vor uns. Soll das so weiter gehen? Wollen wir in einer solchen Welt leben? Nein, sicher nicht! Darum müssen wir kämpfen und Widerstand leisten gegen eine solche Entwicklung unserer Welt. Ohne Aufstand sind wir verloren. Keiner gewinnt am Schluss von diesem Wohlstand. Die Einkaufszentren haben es im grossen Stil fertig gebracht, die kauflustigen Konsument*innen anzulocken, um Profite aus ihnen zu pressen, und jedes Jahr noch mehr Umsatz davon generieren.

Welche Pandemie müssen wir zusätzlich noch erleben, bis wir begreifen, dass der Kapitalismus den Profiten und nicht unseren Bedürfnissen dient? Die Atomenergie ist auch so eine riesengrosse Pandemie. Man kann es kaum glauben, dass die Menschen aus den grossen Atomkraftwerk-Katastrophen in der Ukraine und in Japan nichts gelernt haben. Die Verstrahlung ging weit nach Westeuropa und verbreitete Leukämie, Krebs und Missbildungen an Menschen und Tieren. Überall auf der Welt haben die Atomlobbyist*innen und Kapitalist*innen mit grossem Erfolg dank starker Propaganda und Lügen die Atomkraftwerke aufgebaut. Niemand, kein/keine Wissenschaftler*in und kein Mensch, kann bestreiten, dass durch die Atom-müll-Entsorgung ein Risiko entsteht. Das sollte uns beunruhigen. Augen auf und Widerstand jetzt! Ohne Aufstand gegen Umweltvernichtung und Atomsensoren sind wir verloren!

JEAN AICHER IST LANGJÄHRIGER ABONNENT
DES VORWÄRTS. WIR DANKEN FÜR DEN
BEITRAG.

DAMIT SIE SICH NEBEN
IHREN PATIENTEN NICHT
AUCH UM IHR GELD
SORGEN MUSS

**CORONA-
SOLIDARITÄTSABGABE**

**Petition zur 2% Vermögensabgabe für
Millionär*innen zur Unterstützung von
Arbeiter*innen, Familien und KMU**

1 INFORMIEREN
2 UNTERSCHREIBEN
3 WEITERSAGEN

PdA
Partei der Arbeit

Petition unterschreiben: pda.ch

PdA-Nationalrat fordert die Suspendierung der USA in der UNO

sit. Die Trump-Regierung hat ihre Zahlungen für eine Vielzahl von Organisationen der Vereinten Nationen (UNO) eingestellt oder stark zusammengestrichen. Trotzdem bleibt die USA im UN-Sicherheitsrat und macht weiterhin von ihrem Vetorecht Gebrauch. Eine surreale Situation, findet der PdA-Nationalrat Denis de la Reussille und stellte dem Bundesrat Fragen.

Ab 2017 schränkte die USA ihre Zahlungen an die UNO stark ein, stellte sie für einige UN-Organisationen gar ganz ein. Diese Tatsache einfach hinnehmen, so tun, als nichts wäre? Auf keinen Fall meint der PdA-Nationalrat Denis de la Reussille und reichte in der ausserordentlichen Session des Nationalrats Anfang Mai eine entsprechende Interpellation ein. Darin fordert er den Bundesrat auf, sich durch Ignazio Cassis, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), einzuschalten und «die Suspendierung der USA in allen betroffenen Organen und Organisationen zu verlangen, bis die fälligen Beiträge wieder vollumfänglich geleistet werden.»

Keine billige, antiamerikanische Propaganda

Auf den ersten Blick mag die Forderung als reine propagandistische Provokation erscheinen. Doch beim genaueren Betrachten, zeigt sich die Relevanz der Thematik. So wurden beispielsweise die Beiträge für die Weltgesundheitsorganisation WHO sowie für die Agentur für die palästinensischen Flüchtlinge (UNWRA) gestrichen. Die Einstellung der Finanzierung dieser Agentur schränkt den Zugang der Flüchtlinge zur Gesundheitsversorgung und den Zugang der Kinder zur Schule dramatisch ein. Gleiches gilt für das Kinderhilfswerk Unicef: Es arbeitet vor allem in sogenannten Entwicklungsländern und unterstützt in rund 190 Staaten Kinder und Mütter in den Bereichen Gesundheit, Familienplanung, Hygiene, Ernährung sowie Bildung und leistet humanitäre Hilfe in Notsituationen. Ausserdem betreibt es auf politischer Ebene Lobbying, so etwa gegen den Einsatz von Kindersoldaten oder für den Schutz von Flüchtlingen. Die Organisation tritt weltweit für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention ein.

Gestrichen wurden die US-Beiträge für den Fonds der UNO zur Finanzierung von Bevölkerungsprogramme und selbst für die Unesco, die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, die von der Trump-Regierung als «anti-israelisch» beschuldigt wurde. Die Unesco finanziert Schulen und Berufsbildungszentren auf der ganzen Welt. «Wir können über die UNO und ihre verschiedenen Organisationen denken, was wir wollen. Doch trotz aller Mängel, die bei dieser Organisation bestehen, ist jetzt Fakt: Diejenigen, insbesondere Kinder, die früher Hilfe erhielten, bekommen jetzt nichts oder viel weniger», erklärt de la Reussille dem *vorwärts*.

Wie kann man das akzeptieren?

Zum besseren Verständnis der Situation macht er ein einfaches Beispiel: «Es ist so, als würde ich in meinem lokalen Fussballverein weiterhin Mitglied bleiben, ohne meine geschuldeten Beiträge zu bezahlen. Dabei sitze ich weiterhin im Vorstand und kann mit meinem Vetorecht demokratische Entscheide der Vereinsversammlung blockieren. Wo hat man so was schon mal gesehen?» Er hält in seiner Interpellation fest: «Es geht hier nicht darum, den katastrophalen Umgang des



PdA-Nationalrat Denis de la Reussille. Bild: zVg

gegenwärtig im Weissen Haus residierenden Herrn mit der Pandemie zu kommentieren, das ist eine Sache zwischen ihm und seinen Mitbürger*innen.» Vielmehr sei die Frage: «Wie kann man akzeptieren, dass ein Staat, der seine Beiträge nicht zahlt, in den Leitungsgremien dieser Organe und Organisationen sitzt und sogar über ein Vetorecht verfügt?» Und er fügt eine zwar etwas provokative, aber durchaus berechnete und passende Frage an: «Würde unser Land ebenfalls in Betracht ziehen, seine Beiträge auszusetzen, wenn ihm ein Beschluss der UNO missfallen würde?»

Krieg ist gut für das Geschäft

Gavriel Pinson, Präsident der PdAS, unterstreicht mit einem konkreten Beispiel die Aktualität der Interpellation. Er erinnert daran, dass neulich die USA erneut von ihrem Vetorecht Gebrauch machten. Pinson: «Blockiert wurde ein französisch-algerischer Resolutionsentwurf, der in dieser Zeit der Pandemie einen Unterbruch von 90 Tagen von allen kriegerischen Konflikte auf der Welt vorsah, damit die humanitäre Hilfe dorthin gebracht werden kann, wo die bedürftigsten Menschen sie am meisten brauchen.» Und der Genosse fügt hinzu: «Also nichts Revolutionäres oder gar Fortschrittliches, nur Vernunft und gesunder Menschenverstand.» Selbst dies sei «dieser Bande von Schlägern in der US-Regierung» offensichtlich zu viel. «Anscheinend muss Leid die Welt regieren sowie Blut fließen. Das ist gut für das Kriegsgeschäft und deshalb nutzen sie ihr Vetorecht», bringt der Präsident der PdAS die Sache auf den Punkt. Traurig, aber leider wahr.

ILO-Abkommen unterschreiben

In einem zweiten Vorstoss fordert de la Reussille den Bundesrat auf, die Schweiz solle das Übereinkommen Nr. 187 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über den «Förderungsrahmen für den Arbeitsschutz» von 2006 so schnell wie möglich unterzeichnen. Theoretisch sind die Arbeitgeber*innen verantwortlich, dass die Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) am Arbeitsplatz umgesetzt und eingehalten werden. In der Praxis führt die völlig ungenügende Anzahl von durchgeführten Kontrollen dazu, dass eine stattliche Anzahl Arbeitgeber*innen die vorgeschriebenen Sicherheitsmassnahmen zum Nachteil der Gesundheit der Arbeitnehmer*innen vernachlässigen. Untersuchungen (unter anderem von Gewerkschaften) haben gravierende Mängel bei der Anwendung der Sicherheitsvorschriften aufgezeigt.

Die Fakten beweisen, wie notwendig und dringlich es ist, die Gesundheit am Arbeitsplatz besser zu schützen. Beim ILO-Abkommen handelt es sich um einen verbindlichen Vertragstext, der von 49 Ländern, darunter Österreich, Belgien, Deutschland sowie Kanada, ratifiziert wurde. Es sieht unter anderem die Verpflichtung vor, eine sichere und gesunde Arbeitsumgebung zu fördern vor, sowie das Recht der Arbeitnehmer*innen auf einen sicheren und gesunden Arbeitsplatz. Die Ratifizierung wäre ein Schritt in die richtige Richtung. «Es wäre gleichzeitig ein konkretes Dankeschön an all jene Arbeiter*innen, die im Kampf gegen die Pandemie an vorderster Front arbeiten. Ihnen gebührt Dank und Respekt», hält die PdAS fest.

Solidarität? Ziele?



In Tagen wie diesen greifen selbst Solidaritätsresistente auf eben genau diesen Ausdruck zurück. Solidarität ist einer der wichtigsten Bausteine unseres gemeinsamen Zusammenlebens. Ohne geht nicht. Oder? Wir müssen immer wieder feststellen, dass Solidarität in mannigfaltiger Weise missbraucht wird. Da applaudieren unsere Mitmenschen den Held*innen dieser Tage von den Balkonen herunter und zeigen sich – auf diese Art – solidarisch. Solidarisch? Bravo! Ist den Jubler*innen eigentlich bewusst, dass genau diese Held*innen einfach ihren Job machen? Oder haben sie das vorher schlicht nicht mitbekommen? Es scheint mir doch recht heuchlerisch, dass Tätigkeiten, die oft kaum wahrgenommen oder einfach als selbstverständlich betrachtet werden, in der jetzigen Situation als herausragend hervorgehoben werden. Statt des Balkonjubels hätten genau diese «systemrelevanten» Personen eine andere Form der Anerkennung verdient, nämlich anständige Arbeitsbedingungen. Die Zwölfstundenschichten, die in der Pflege geleistet werden, sollten ein wirkliches Umdenken stattfinden lassen!

Dazu kommt, dass börsenkotierte Unternehmen staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen und gleichzeitig Dividenden ausschütten. Bedeutet dies Solidarität? Da bleibt wohl den meisten Balkonklatzler*innen der Applaus sonst wo stecken. Oder nicht? Wo bleibt der Jubel über die peinliche Swiss-Rettung? Einem Husarenstück gleich schiebt der Bund die Tochter der Lufthansa mit Milliarden an. Die Aktionäre der Lufthansa freut es! Solidarität gegenüber kleinen Unternehmen, die – auch im Lockdown – Miete bezahlen müssen? Kaum, höchstens symbolisch, indem das wahrscheinliche Verschwinden unzähliger Geschäfte doch sehr bedauert wird. Man kann doch nicht einfach auf die Mieteinnahmen verzichten. Oder?

Anstelle wirklicher Hilfe, die zum Beispiel durch ein befristetes bedingungsloses Grundeinkommen wirklich unbürokratisch stattfinden könnte, werden Milliardenkredite vergeben, die zwar zum grössten Teil vom Bund verbürgt werden, aber rückzahlbar sind. Vielleicht muss sich der Bund die eine oder andere Milliarde ans Bein streichen. Dies dürfte wohl kaum ein Trost für die Pleite gegangenen Unternehmen sein. Oder? Und wo bleiben die Ärmsten der Armen? Die Schutzbedürftigsten können nicht mal vom Balkon herabschauen, wie sich Grosskapitalisten in ihrem Elend suhlen und um Zuwendungen betteln. Die Flüchtenden müssen auf die «Solidarität» unseres Hoffen. Und genau da liegt offenbar das Problem: Solidarität ist ja schon gut, aber zuerst müssen wir für uns schauen, sonst klappen unsere Finanzmärkte zusammen. Und dann?

So, genug Solidaritäts-Stretching. Solidarität bedeutet unbedingtes Zusammenhalten mit jemandem aufgrund gleicher Anschauungen und Ziele. Ziele? Vielleicht wird das Wort zu oft und zu schnell missbraucht. Was meint Ihr?

PESCHE HEINIGER
STADTRAT PDA/POP BIEL/BIENNE

Solidaritätsabgabe und Arbeitsschutz

sit. Während das Parlament in seiner ausserordentlichen Session von Anfang Mai Milliarden für die Swiss beschloss, reichte PdA-Nationalrat Denis de la Reussille zwei Vorstösse zur Unterstützung der Arbeitnehmer*innen und weiteren betroffenen Personen der Krise ein.

Es herrscht eine wirtschaftliche und soziale Notlage: Tausenden von Arbeiter*innen wurde gekündigt, weitere Hunderttausende stehen vor dem gleichen Verhängnis. Viele Inhaber*innen von Kleinbetrieben, Selbstständige und landwirtschaftliche Produzent*innen laufen Gefahr, durch Betriebsschliessungen ihr Einkommen und somit ihre finanzielle Basis zu verlieren. Zahlreichen Familien droht die Armut. Aussicht auf Besserung? Kaum bis gar nicht.

Einnahmen von 17 Milliarden Franken

Wir wissen auch, dass die bürgerlichen Parteien und die Arbeitgeber*innen alles dafür tun werden, damit die Kosten der Krise auf die Lohnabhängigen in abgewälzt werden. Dies zu verhindern, ist Pflicht. So hat Denis de la Reussille, Nationalrat der Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS), einen parlamentarischen Vorstoss eingereicht, der sich auf die die Petition seiner Partei bezieht. Gefordert wird eine einmalige «Corona-Solidaritätsabgabe» von zwei Prozent auf Vermögen und Vermögenswerte ab drei Millionen Franken vor. Damit würden rund 17,5 Milliarden Franken eingenommen werden. Mit diesem Geld sollen direkt Arbeiter*innen, Familien und Kleinunternehmen unterstützt werden, die wegen der Corona-Krise in finanzielle Notlage geraten sind. Die PdA ist der Auffassung, dass «diejenigen zur Kasse gebeten werden müssen, die bisher von der neoliberalen Politik enorm profitiert haben und die auch von der Krise überdurchschnittlich profitieren. Jetzt sollen sie zum Gemeinwohl und zur Erholung der Wirtschaft beitragen», schreibt die Partei in ihrer Medienmitteilung vom 7. Mai.

Konkrete Massnahmen gefordert

dab. Die Gewerkschaft VPOD, der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS), Solidarité sans frontières (Sosf) und Vivre Ensemble lancierten einen Offenen Brief. Gefordert wird der Zugang zu Bildung für junge Geflüchtete in der Corona-Krise und besonderen Schutz und Unterstützung sowie das Gewährleisten von Chancengerechtigkeit.



Ohne genügende Unterstützung durch Schulen und Bildungsbehörden sind junge Geflüchtete massiv benachteiligt. Bild: zVg

23 reichen nicht!

Am 16. Mai kamen gemäss dem Staatssekretariat für Migration (SEM) 23 unbegleitete Minderjährige (UMA) aus Griechenland in der Schweiz an. Wir begrüßen ihre Aufnahme und sind froh, dass sie bald wieder mit ihren Familienangehörigen vereint sein werden. Die Aufnahme der 23 Kinder ist aber kein humanitärer Akt, sondern für die Schweiz eine Pflicht nach Art. 8 der Dublin-Verordnung, der die Familienzusammenführungen vorsieht.

Fast 40 000 Menschen, darunter rund 5600 unbegleitete Minderjährige bleiben in menschenunwürdigen Zuständen auf den griechischen Ägäis-Inseln zurück. Die Schweiz muss jetzt allen Menschen Schutz bieten, die bei einer Covid-19-Erkrankung besonders gefährdet sind und darf sich nicht nur auf die gesetzlich vorgeschriebenen Familienzusammenführungen beschränken. Dass dies möglich ist, beweist Portugal mit der Aufnahme von 500 Kindern aus den griechischen Camps.

Die Organisation «Mission Lifeline» wäre bereit, drei Evakuierungsflüge zu finanzieren, um die Menschen aus Griechenland direkt in die Schweiz zu bringen. Wir haben das SEM über diese Möglichkeit informiert. Um nicht unnötig Menschenleben zu gefährden, muss die Schweiz jetzt handeln.

OSTERAPPELL ZUR
EVAKUIERUNG GRIECHISCHER
CAMPS
EVAKUIEREN-JETZT.CH

Der Brief ging an die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), ans Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), an die Rektor*innenkonferenz der schweizerischen Hochschulen Swissuniversities, ans Staatssekretariat für Migration (SEM) und die Medien. Bisher reagierten die Angeschriebenen laut Amanda Ioset, politische Sekretärin von Sosf, nicht inhaltlich, sondern bestätigten lediglich den Eingang des offenen Briefs.

Recht auf Bildung!

«Wenn Kinder von Geflüchteten in Ausbildung während der Schulschliessung und im schrittweisen Übergang in den Normalbetrieb nicht genügend Unterstützung durch die Schulen und die Bildungsbehörden bekommen, sind ihre Chancen, im Lernen voranzukommen, massiv beeinträchtigt», hält Amanda Ioset fest. «Das Recht auf Bildung ist für alle Kinder und Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen in Tertiärausbildungen zu gewährleisten.» Die Initiant*innen des Offenen Briefs machen die zu-

«Höchst fragwürdig»

Redaktion. Die juristische Stellungnahme von Thierry Tanquerel, Honorarprofessor für Verfassungsrecht an der Universität Genf, zu den Massnahmen im Asylbereich in Bezug auf das Corona-Virus bestätigen Solidarité sans frontières (Sosf) darin, weiterhin mit Nachdruck die Aussetzung der Verfahren zu fordern.

Seit Beginn der durch das Corona-Virus ausgelösten Gesundheitskrise hat Solidarité sans frontières mehrfach die Fortsetzung der Asyl- und Wegweisungsverfahren kritisiert und darauf hingewiesen, dass es für die Bewohner*innen bestimmter Zentren unmöglich ist, den Empfehlungen des Bundesamts für Gesundheit Folge zu leisten. Die juristische Stellungnahme soll laut Sosf-Generalsekretärin Amanda Ioset die Argumentation in Gerichtsällen erleichtern.

Rechtsstaatlichkeit?

In seiner Antwort auf den Offenen Brief der Plattform ZiAB (Zivilgesellschaft in den Asyl-Bundeszentren) vom 14. April 2020 rechtfertigte Migrationsstaatssekretär Mario Gattiker die Fortführung der Asylverfahren mit dem Argument, «die schweizerische Bevölkerung muss auf einen funktionierenden Rechtsstaat zählen können». Er legt damit eine merkwürdige Rechtsstaatskonzeption an den Tag: Die aktuelle Gesundheitskrise ist in seinen Augen zwar nicht schwer genug, dass sie einen Stopp der Asylanhörungen rechtfertigen könnte, aber gleichwohl so gravierend, dass die Rechte der Asylsuchenden auf rechtliches Gehör, rechtliche Vertretung und unentgeltlichen Rechtsbeistand eingeschränkt werden können.

Verfassungswidrig

In der Tat hat der Bundesrat am vergangenen 1. April entschieden, dass Asylanhörungen auch in Abwesenheit eine*r rechtlichen Vertreter*in (bzw. einer Hilfswerksvertretung nach dem alten Verfahrensmodell) möglich sind, wenn deren Teilnahme aufgrund der Corona-Krise nicht möglich ist. In seiner Stellungnahme bewertet Thierry Tanquerel dies als «eine unverhältnismässige und damit verfassungswidrige Einschränkung der gesetzlichen und verfassungsmässigen Rechte der Asylsuchenden».

ständigen Bildungsdepartemente und Gremien auf verschiedene Problemfelder aufmerksam und bitten diese, konkrete Massnahmen zu ergreifen und für den nötigen Support zu sorgen.

Obligatorische Schule

Lehrpersonen und die Schulbehörden sollen, so die Forderung, eine Meldepflicht bei Behörden und KESB haben für den Fall, dass der gesundheitliche Schutz der Kinder und Jugendlichen in den Zentren nicht gewährleistet ist wegen mangelhafter Hygiene-Massnahmen, fehlender ärztlicher Versorgung und zu wenig Platz für Quarantäne - wie dies heute in Asylzentren und Nothilfezentren der Fall sei. Und: «Die zuständigen kantonalen und kommunalen Schulbehörden, Schulleitungen und Lehrpersonen müssen – zusammen mit den Verantwortlichen der Betreuung – dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche in Asylzentren geeignete räumliche und zeitliche Strukturen haben, um regelmässig und in Ruhe an Schulaufgaben zu arbeiten.» Materialien und Geräte müssten von den Schulen zur Verfügung gestellt und in den Zentren eingerichtet werden. Auch genügend Desinfektionsmittel müssten zur Verfügung stehen.

Die individuelle Lernbegleitung und die Zusammenarbeit bezüglich des Homeschoolings zwischen Lehrpersonen, Assistenten, Betreuungspersonen müsse sichergestellt werden und in den Zentren seien zur Lernunterstützung Sozialpädagoge*innen einzusetzen. Auch dann, wenn die Schulen schrittweise wieder geöffnet werden, sollen diese Massnahmen aufrecht erhalten werden.

Lehre und Berufsschule

Der Schutz der Gesundheit von (Integrations-) Vorlehrlingen und Lehrlingen müsse in den Berufsschulen und am Arbeitsplatz erste Priorität haben und kontrolliert werden, verlangt der Brief. Sonst müssten Lernende zuhause bleiben und den Lohn weiter erhalten. Für den Fernunterricht der Berufsschulen müsse das Gleiche gelten wie für die obligatorische Schule: «Es braucht Lernzeiten und Räume, Lernmaterial und IT-Geräte.» Eine individuelle Lernunterstützung müsse zur Verfügung ge-

stellt werden. «Lehrmeister*innen und Berufsschulen müssten die Anschlüsse an ein nächstes Lehr- und Schuljahr sicherstellen. Das Abschliessen von Lehrverträgen solle trotz Lockdown spätestens bis Sommer 2020 stattfinden. (Integrations-)Vorlehren sollen in der Regel nahtlos in Lehrverträge überführt werden.» Die formellen Abschlusszeugnisse seien bis Sommer 2020 zu sichern. Traumatisierte Geflüchtete sollten besondere soziale und psychische Unterstützung erhalten.

Mittel- und Hochschule

Bestehende Ungleichheiten sollen laut den Initiant*innen des Offenen Briefs auch auf dieser Stufe für Geflüchtete nicht noch grösser werden. Geflüchteten Mittelschüler*innen und Studierenden in Asylzentren stünde oft kein genügend funktionierender Internetzugang für die Teilnahme am Heimunterricht und Fernstudium zur Verfügung. Oft fehle es auch an Rückzugsmöglichkeiten und adäquaten Lernumgebungen. Es müssten auch für sie geeignete Räumlichkeiten und der Zugang zur benötigten Infrastruktur geschaffen werden, damit diese in Ruhe und in guter Qualität weiterlernen könnten. Online-Lehrveranstaltungen, -Sprachkurse, -Beratungen und -Dienste der Bibliotheken sollen uneingeschränkt zugänglich sein. Laptops und funktionierendes W-Lan sollen von der Schule bereitgestellt werden. Geflüchteten Mittelschüler*innen und Studierenden in Asylzentren sollen geeignete Räumlichkeiten für das Fernstudium zur Verfügung stehen. Alle Sprachkurse und auf ein reguläres Studium vorbereitenden Massnahmen müssten weiter im Online-Modus durchgeführt und besucht werden können, verlangt der Offene Brief.

Für Geflüchtete in studentischen Hochschulprojekten dürfe dieses aussergewöhnliche Semester nicht als reguläres Probe- oder Schnuppersemester gezählt werden. Es müsse in jedem Fall wiederholt werden dürfen. Im Schlusswort steht: «Wir sind Ihnen dankbar, wenn Ihr Department im Schulfeld bald und klar kommuniziert, wie der Schutz und die Chancengerechtigkeit für Geflüchtete in der Coronakrise mit konkreten Massnahmen möglichst gut gewährleistet werden können.»

medizinische Abklärung erfordern, aufschiebt. Aber wie sollen Asylsuchende angesichts der Tatsache, dass der Zugang zur medizinischen Versorgung in den Bundesasylzentren derzeit stark eingeschränkt ist, geltend machen, dass sie eine solche vertiefte Abklärung brauchen? Tanquerel erinnert daran, dass «die Fortführung von Asylverfahren trotz der gegenwärtigen Gesundheitskrise es in keiner Weise rechtfertigt, dass die medizinischen Untersuchungen nur schludrig durchgeführt werden oder sich die Behörden bei ihren Entscheiden auf Hypothesen stützen, die sie ohne die in Art. 26a des Asylgesetzes geforderte Feststellung der medizinischen Sachverhalte getroffen haben».

Begründungen überzeugen nicht

Dass die Asylverordnung nicht die Aussetzung des Verfahrens vorsieht, ist für Professor Tanquerel «aus gesundheitlicher, humanitärer und ethischer Sicht höchst fragwürdig». Die Begründungen des Bundesrates, die Schweiz müsse ihre internationalen Verpflichtungen einhalten, haben den Verfassungsrechtler nicht überzeugt: «Es ist nicht erkennbar, welche Verpflichtung die Schweiz verletzen könnte, wenn sie abgelehnte Asylsuchende einige Wochen oder Monate später ausschafft». Umgekehrt sei es aber durchaus «vertretbar, dass sich die Anerkennung des Asylstatus verzögert, wenn dies erforderlich ist, um die Gesundheit der Asylsuchenden zu schützen, indem ihnen die mit der Fortsetzung des Verfahrens verbundenen Risiken erspart werden».

Schlechte medizinische Versorgung

Die derzeitige Situation stellt enorme Anforderungen an die Angehörigen der Gesundheitsberufe und macht es ihnen schwer oder gar unmöglich, die für das Asylverfahren erforderlichen medizinischen Gutachten zu verfassen. In seiner Antwort an die Plattform ZiAB räumt Mario Gattiker ein, dass «es vorübergehend nicht möglich ist, vollständige Feststellungen der medizinischen Sachverhalte bei Asylsuchenden durchzuführen» und dass das SEM die Bearbeitung von Gesuchen, die eine vertiefte me-

«Bist du ein Krawalltourist aus Deutschland?»

Ahmed F.* Am 1. Mai wurden ich und fünf Freunde der Gewerkschaft Industrial Workers of the World (IWW) verhaftet und mit einem Rayonverbot für 24 Stunden bestraft. Der Vorwurf: Nichtbeachtung der Corona-Schutzmassnahmen und Teilnahme an einer illegalen Demonstration. Die Fakten sprechen aber eine deutlich andere Sprache.

Am 1. Mai befand ich mich gegen 14 Uhr mit weiteren Kollegen im Zürcher Kreis 1, nicht weit vom Grossmünster entfernt. Geplant war, vor den Gebäuden von Firmen, die für ihre schlechte Arbeitsbedingungen bekannt sind, ein Foto mit einem Transparent zu machen. Zum Zeitpunkt der Verhaftung waren wir in drei Gruppen von je drei Personen unterwegs und hielten dabei die vorgeschriebenen Abstandsregeln ein. Ich und zwei Freunde waren in der hintersten der drei Dreiergruppen, mit gebührendem Abstand zur Gruppe vor uns. Wir zeigten dabei keine Schilder oder Transparente. Trotzdem wurden wir von vier Polizist*innen angehalten.

Hier wird Schwiizerdütsch gesprochen

«Was macht ihr hier», fragte uns einer von ihnen. Doch ohne unsere Antwort abzuwarten, begannen sie unsere Taschen und Rucksäcke zu durchsuchen. Der Polizist, der mich durchsuchte, sprach mich auf Schweizerdeutsch an. Ich sagte ihm, dass ich kein Schweizerdeutsch verstehe, und bat ihn darum, auf Hochdeutsch zu sprechen. Seine Antwort: «Hier in der Schweiz sprechen wir Schwiizerdütsch. Ich werde aber mit dir Hochdeutsch reden, weil ich nett bin». Dann fragte er mich: «Bist du ein Krawalltourist aus Deutschland?» Ich verneinte, erklärte ihm, dass ich hier in der Schweiz lebe und arbeite. Bald darauf fand er in meinen Hosentaschen und Jackentaschen mehrere Aufkleber. Einer von der PdA mit der Forderung nach tieferen Mieten und höheren Löhnen. Aber auch einen, der nicht gerade schmeichelhaft für die Polizei ist, denn darauf stand: «Polizei: Kein Freund und kein Helfer». Er schaute mich an und fragte: «Ist das dein Dank dafür, dass du hier in der Schweiz sein darfst?» Weiter meinte er, die Kleber seien aus Deutschland, so müsse auch ich von dort kommen. Offensichtlich war dem Polizisten der internationale Postverkehr fremd.

Der Polizist sah dann auf einer Baustelle hinter uns ein Stück Papier, wohl ein Flyer oder so. Er dachte, es gehöre zu uns. Er nahm seinen Schlagstock, um das Papier hinter dem Absperrgitter herauszufischen.

Als er dann merkte, dass es eine Information war, die zur Baustelle gehörte, warf er es wütend in die Baustelle zurück. Offensichtlich hatte er gehofft, der Flyer würde zu uns gehören, um es gegen uns verwenden zu können. Die Enttäuschung stand ihm im Gesicht geschrieben. Kurze Zeit später kamen zwei Männer auf einem Motorrad. Einer von ihnen hatte eine Kamera dabei und filmte alles, es waren Zivilpolizisten.

Bewacht von einem bellenden Hund

Nachdem dieser ganze Zirkus der Personenkontrolle auf offener Strasse zu Ende war, fesselten sie unsere Hände mit Kabelbinder hinter dem Rücken. Sie setzten uns eine Schutzmaske vor dem Mund und wir mussten eng aneinander sitzend in einem Kastenwagen der Polizei Platz nehmen. Bis hierhin wurden sämtliche Corona-Sicherheitsmassnahmen missachtet: Die Polizist*innen trugen keine Handschuhe, keine Schutzmasken vor dem Mund und hielten sich nie an den vorgeschriebenen Abstand von zwei Meter, auch nicht untereinander. Und mir wurde bewusst: Die ganze Sache mit Corona ist nur ein Vorwand, um ihre Macht zu missbrauchen.

Wir wurden alle zum Polizeiposten transportiert. Dort mussten wir auf den Boden sitzend in der Garage warten. Wir wurden auch von einem Polizeihund bewacht, der ständig bellte, wohl um uns einzuschüchtern, denn niemand der anwesenden Polizist*innen befahl dem Hund, endlich ruhig zu sein. Nach gut 30 Minuten war ich der Erste von meiner Gruppe, der hineingeführt wurde.

Für was die Gummihandschuhe?

Sie schrieben mir die Zahl 9 auf die Hand. Keine Ahnung, was es zu bedeuten hatte. Sie nahmen meine Fingerabdrücke, ohne mir jedoch zu sagen, dass ich das Recht hätte, dies zu verweigern. Sie fotografierten mich mit einem Stück Karton, das ich vor die Kamera halten musste und steckten mich dann in eine Zelle. Weil die Polizei mir die Fingerabdrücke genommen hatte, wurden mir die Kabelbinder abgenommen. Jene Genoss*innen, die sich geweigert hatten, wurden mit verbundenen Händen in die Zelle gesteckt.

Einige mussten vier Stunden lang so ausharren. Ich hatte mehr Glück, denn nach etwa 20 Minuten wurde ich abgeholt und musste zur Vernehmung. Dabei fragte mich der Polizist hinter dem Schreibtisch, ob ich Kurde sei. «Nein, ich bin Türke», antwortete ich ihm. Der Polizist: «Dein Name klingt aber kurdisch.» Ich: «Nein, mein Name ist arabisch und klingt auch so.»

Bei der Durchsuchung hatte die Polizei einige Gummihandschuhe beschlagnahmt. Der Polizist wollte wissen, wozu ich sie gebraucht hätte. «Ich wollte sie beim Hochhalten des Transparents benutzen, um in diesen Corona-Zeiten sicher zu sein», antwortete ich ihm. Er schaute mich komisch an. Ich untermauerte meine Aussage mit dem Hinweis auf das Desinfektionsmittel, das ich auch mit dabei hatte.

Lauter unwahren Behauptungen

Ich bekam eine Wegweisung vorgelegt, durfte das Niederdorf sowie die Kreise 4 und 5 bis am nächsten Morgen um 5 Uhr nicht mehr betreten. Die angeblichen Gründe: Ich hätte «die öffentliche Sicherheit gefährdet» und «Dritte erheblich belästigt, gefährdet oder unberechtigterweise an der bestimmungsgemässen Nutzung des öffentlich zugänglichen Raums gehindert.» Dies indem ich mich «in einer Ansammlung von Personen aufhielt, die bereit war (oder sich anschickte), einen illegalen Demozug/Fanzug zu starten» und «bei der Personenkontrolle Demomaterial (Handschuhe, Flyer) mitführte». Immerhin weiss ich jetzt dank dem Rapport, dass es sich um sechs Gummihandschuhe und neun Flyer handelte.

Ich sagte dem Polizisten, dass ich mit allen Behauptungen nicht einverstanden sei, dass ich an keiner Art von Demonstration teilgenommen hätte. Auch sei die ständige Behauptung falsch, ich hätte die Corona-Vorschriften missachtet. Es nütze natürlich nichts. Ich unterschrieb die Wegweisungsverfügung, auch um dem ganzen Theater endlich ein Ende zu setzen und ging nach Hause. Die Schlussfolgerungen aus diesem unschönen Erlebnis von mir, überlasse ich den Leser*innen dieser Zeilen selbst.

*NAME VON DER REDAKTION GEÄNDERT



Nichts zu lachen am diesjährigen 1. Mai in Zürich – selbst für Clowns nicht. Bilder: zVg

Geheuchelte Freiheit

flo. Während der Pandemie von Covid-19 wurden mehrere Grundrechte de facto ausser Kraft gesetzt. Auch wenn Sicherheitsmassnahmen zum Schutz der Bevölkerung ihren Sinn haben, muss ganz genau hingeschaut werden, wenn Polizei und Staatsmacht die bürgerlichen Freiheitsrechte repressiv einschränken.

Einige Dutzend Genoss*innen gingen in Zürich am Tag der Arbeit doch demonstrieren. Meist in kleinen Gruppen oder allein. Wenn sie dabei von der Polizei erwischt wurden, wurde eingegriffen. Egal ob die Sicherheitsvorgaben eingehalten wurden oder nicht. In Bern wurde gar die Fahne der Gewerkschaft SEV von einem älteren Kollegen eingekassiert, der mit einem weiteren Mann zu zweit auf der Strasse lief. Die Botschaft der Polizei am 1. Mai war klar: Zumindest für die Linke ist die Strasse, ist der öffentliche Raum, im Moment politisches Sperrgebiet.

Dass es auch anders geht, zeigten die Ordnungskräfte am Wochenende vom 11. Mai. Als Lockdown-Gegner*innen erstmals in grösserer Zahl demonstrierten, war die Repression weit geringer. Doch auch bei Demonstrant*innen, die fantasieren, dass 5G Covid19 auslöst oder dass Bill Gates die Weltbevölkerung mit Zwangsimpfungen gedanklich kontrollieren will (wobei auch antisemitische Verschwörungstheorien auf solchen Demonstrationen die Runde machen), dürfen wir die völlig repressive Auslegung der verfassungsmässig garantierten Rechte auf Versammlung und freie Meinungsäusserung nicht hinnehmen.

Die kleinen Fortschritte des Kapitalismus

Das Grundrecht heisst «Grundrecht», weil es für das Funktionieren der bürgerlichen Demokratie als so elementar, als so grundlegend angesehen wurde, dass es einen besonderen Status innerhalb der Verfassung einnimmt. Diese Rechte einzuschränken, wird besonders erschwert, da viele Rechte der Bürger*innen

zum Schutz gegenüber dem bürgerlichen Staat unter diese Kategorie fallen. Es ist für Marxist*innen natürlich keine Neuigkeit, dass des ehernen Vertrauens in die Menschen- und Grundrechte Folge eines bürgerlichen Mythos ist, der das kapitalistische Staatswesen zu legitimieren hat. Jede*r weiss, dass es Heuchelei ist, das Menschenrecht auf Leben in die Verfassung von Staaten zu schreiben, die in imperialistischen Kriegen morden oder «nur» schon gleichgültig dem Sterben im Mittelmeer zusehen.

Auch das Versammlungsrecht wird je nach den Bedürfnissen der Herrschenden ausgelegt. Linke Aktivist*innen werden mit der Kastration des Versammlungsrechts regelmässig konfrontiert. Doch die bürgerlichen Freiheitsrechte sind, auch wenn sie vor allem eine idealistische Erzählung sind, die gemessen an der Realität ständig scheitern, einer der Fortschritte, die durch die kapitalistische Produktionsweise möglich wurden. Es waren Rechte, die zwar die politische Linke nicht völlig vor staatlicher Willkür schützte, doch zumindest einen gewissen Rahmen vorgaben, in dem man sich politisch bewegen konnte.

Beteiligung unerwünscht

Werden diese Rechte eingeschränkt, die unsere Versammlungen, unsere Strukturen, unsere Presseorgane und damit zu einem gewissen Grade auch den politisch bewussten Teil unserer Klasse schützen, verschiebt sich das Kräftegleichgewicht im Klassenkampf in Richtung Bourgeoisie: Während die Möglichkeiten politischer Partizipation sich für grosse

Teile der Massen im Normalzustand schon mit dem Einwerfen einer Liste in eine Urne erschöpft, hat das Kapital in Form von Lobbys, Wirtschaftsverbänden und bourgeoisen Parlamentarier*innen einen direkten Draht zu den obersten Ebenen der Macht. Im Ständerat ist das Stimmverhalten der Parlamentarier*innen neu auf Antrag geheim. Man will in der kleinen Kammer nicht, dass sich die Mandatär*innen für ihr Stimmverhalten vor ihren Wähler*innen rechtfertigen müssen. Die schwache Ausrede für den Entscheid: Es gäbe im Expo-Saal, in dem neu die Sitzungen stattfinden, keine elektronische Anzeigetafel. Somit bleibt für Werkeltätige nun nicht einmal mehr das zahnlose Mittel der Abwahl bei den nächsten Wahlen in dreieinhalb Jahren eine Option.

Nicht die Beiz oder der Coiffeur

In der aktuellen Krise zeigt sich, wie viel die Institutionen und Werte bürgerlicher Demokratien am Ende des Tages tatsächlich wert sind: Die politische Teilhabe der Massen wurde derart reduziert, dass momentan eigentlich gar nichts mehr davon übrig ist. Wer die Leitlinien des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) einhält, kann dennoch keinen öffentlichen Protest durchführen, Abstimmungen wurden ausgesetzt und Parlamentarier*innen verstecken sich hinter billigsten Ausflüchten, um keine Rechenschaft für ihr Wahlverhalten mehr schuldig zu sein. Wenn wir von einer Normalität sprechen, die zurückkehren soll, müsste die Frage der Grundrechte eine der ersten Sachen sein, an die wir denken - und nicht den Gang in die Beiz oder zum Coiffeur.



Demonstrant am 1. Mai in Zürich. Bild: zVg

Bestellen unter
www.vorwaerts.ch



Frauen* streik 2019 Das Buch

Die stille Reserve wird zur Armee

flo. **Arbeitslosigkeit gehört zum Kapitalismus, wie der Regen zur Wolke. Doch während Arbeitssuchende sonst für das System eine wichtige Rolle erfüllen, werden sie in der Krise zur Bedrohung für das Kapital. Zur Arbeitslosigkeit in Zeiten von Covid-19.**



Abertausende haben in den letzten Wochen ihre Arbeit verloren. Bild: zVg

Am 12. Februar schloss der Dow Jones mit einem Allzeithoch. Nie zuvor war der Börsenmarkt in der Vergangenheit profitabler gewesen. Zwei Wochen später war der leere Traum dann vorbei. In der Zwischenzeit waren die Kurse so stark gestürzt, wie seit dem 2008er-Crash nicht mehr. Die Kursstürze waren ein zuverlässiger Anzeiger für das, was geschehen würde: Die Krise, in der wir uns seit 2008 befinden, trat in eine neue, verschärfte Phase ein. Die Krisenpolitik der letzten zwölf Jahre hatte die globalen Volkswirtschaften nicht im Geringsten auf das vorbereitet, was kommen würde. Mehr noch: Das Vorgehen des politischen und wirtschaftlichen Establishments hatte die Katastrophe in diesen Ausmassen überhaupt erst ermöglicht.

Moderne Alchemie

Dabei dürfen wir hier nicht dem Irrglauben aufsitzen, dass die Börsenkurse die Entwicklungen in der Wirtschaft abbilden. So haben sich die Kurse in den letzten Wochen erholt, was wohl auch viel mit den grössten staatlichen Hilfspaketen der Geschichte zu tun hat: Alleine in der ersten Maihälfte kam es in den USA laut einer Studie von Goldmann Sachs zu Aktienrückkäufen in der Höhe von insgesamt 190 Milliarden Dollar. Innerhalb von zwei Wochen gaben US-Unternehmen gleich viel aus, wie innerhalb von drei vollen Monaten im Jahr 2019, um durch den Kauf eigener Aktien die Kurse in die Höhe zu treiben.

Die Rückkäufe in den letzten Jahren waren vor allem eine kosmetische Massnahme. Kein Produkt ist deshalb effizienter produziert, keine Innovation geschaffen worden. Als dann im März 2020 die Krise wieder heiss wurde, fehlten aber durch die Rückkäufe Finanzmittel um Löhne, Mieten und Rechnungen zu bezahlen. Und hier bildet sich die wahre Tragödie der aktuellen wirtschaftlichen Situation ab: Es sind nicht die Verluste von parasitären Spekulant*innen, die Weizenpreise in die Höhe treiben oder in Rüstung investieren, um Geld zu machen. Ein Kursanstieg sagt nicht aus, ob ein Unternehmen besser oder schlechter wirtschaftet, sondern ob es die Profitansprüche von Investor*innen zu befriedigen weiss. Dass die Aktienkurse nichts mit dem Zustand der Wirtschaft zu tun haben, sehen wir vor allem im Moment, indem die Nachrichten von Massenentlassungen Kursanstiege bei den entsprechenden Unternehmen auslösen.

Eine ungekannte Kluft

Seit Mitte März ist die Arbeitslosigkeit alleine in den Vereinigten Staaten um 33,3 Millionen Personen gestiegen. Das entspricht einer Arbeitslosigkeit von etwa 20 Prozent. Damit einhergehen massive Folgen für die Massen. Viele haben kaum oder keine Rücklagen und alleine schon der Ausfall von einem oder zwei Monatsgehältern kann in einem Land ohne nennenswertes soziales Netz existenzbedrohend sein. Es erstaunt sodann auch nicht, dass ein Drittel der US-Amerikaner*innen im März nicht dazu in der Lage war, ihre Monatsmiete zu zahlen. Es ist anzunehmen, dass die USA besonders schwer von der aktuellen Krise betroffen sein wird.

Doch auch in der Schweiz müssen wir uns auf eine schwierige wirtschaftliche Lage einstellen. Normalerweise sinkt hierzulande die Arbeitslosigkeit im Frühling. Davon war dieses Jahr gar nichts zu spüren. Um rund 18 000 Personen ist die Arbeitslosigkeit seit März angestiegen, was einer Quote von 3,3 Prozent entspricht. Aber wie immer sind diese Zahlen mit Vorsicht zu geniessen. Nur wer auch berechtigt ist, ALV-Gelder zu beziehen, taucht in der Statistik auf. Durch das Mittel der Kurzarbeit – von der 1,9 Millionen Menschen hierzulande betroffen sind – wird dieser Anstieg im Vergleich zu den USA langsamer vorstattengehen. Doch dass die Schweiz eine Insel der Glückseligen bleibt, ist nicht zu erwarten.

Während für Millionen von Menschen die wirtschaftliche Lage verschärft wird, profitieren einige wenige Superreiche enorm. Der reichste Mensch der Welt, Jeff Bezos, hat sein Vermögen seit Beginn der Krise um 25 Milliarden Dollar vergrössert – ein grösserer Betrag als die Wirtschaftsleistung Kambodschas während eines Jahres.

Die Reichen immer reicher...

Während sich die Kapitalist*innen, deren Unternehmen die Krise überstehen, eine goldene Nase verdienen, gehen Tausende und Abertausende Kleinbürger*innen bankrott. Wir Kommunist*innen haben nicht die Aufgabe jetzt über das Los dieser selbst ernannten «Patrons» zu klagen und zu fordern, dass man sie mit ganz bewussten Kaufentscheiden bei Schweizer Unternehmen zu unterstützen habe. Es sind dieselben Kleinbürger*innen, die in den letzten Jahren mit ihren Verbänden bei jeder Gelegenheit für schlechtere Löhne und Arbeitsbedingungen gekämpft haben. Uns muss klar sein, dass dieser Prozess im Kapitalismus unvermeidbar ist und de facto schon seit Jahrhunderten andauert: Kleine Unternehmen gehen baden, die Grossen übernehmen derweil die Marktanteile ihrer vorherigen Konkurrenz und konzentrieren Kapital.

Das geschieht zwar auch in Konjunkturphasen, aber in der Krise, wo sich die geringere Liquidität von kleineren Marktakteur*innen rächt, gehen entsprechend mehr Betriebe bankrott. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer rechnet als Resultat einer Umfrage momentan mit einer Insolvenz von zehn Prozent der «mittelständischen Unternehmen». Rund ein Drittel der befragten Unternehmen hat Stellen abgebaut, rund 40 Prozent sind von Insolvenz gefährdet.

...die Armen immer ärmer

In der Krise verschärft sich zusätzlich der Konkurrenzkampf. Zwar verschwinden Akteur*innen von den Märkten, doch müssen die Übriggebliebenen um kleiner werdende Kaufkraft konkurrieren: Die steigende Arbeitslosigkeit, stagnierende Löhne, die Vernichtung ganzer produktiver Industrien unter dem Hauptaugenmerk der Profitabilität für Anleger*innen sorgt dafür, dass der Teufelskreis innerhalb der Krise sich zusätzlich verschärft. Um die Konkurrenzfähig-

keit aufrecht zu erhalten, müssen bei kleiner werdender Kaufkraft die Güter pro Stück günstiger auf den Markt geworfen werden. Da die Hauptkosten in der Produktion von Waren und Dienstleistungen in Ländern wie der Schweiz durch Sozialabgaben und Löhne ausgemacht werden, ist es im ureigensten Interesse der Kapitalist*innen, bei ebenjenen Ausgabeposten Senkungen zu erreichen. Die Folge: Die Buezer*innen haben noch weniger Geld zur Verfügung, um die immer zahlreicher und immer günstiger produzierten Waren dann auch zu kaufen – von der günstigeren Produktion kommen die Profite meist eben auch nicht bei den Konsument*innen an..

Marx beschrieb diese Entwicklung in der Beziehung zwischen Fabrikant und Arbeiter*innen als Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital – als einen der grossen Konstruktionsfehler, die diesem System letztlich den Kragen kosten wird.

Hausgemachter Aufruhr

Um zu wissen, dass ökonomische Krisen vom Kapital mit Angriffen auf Lebensbedingungen und Löhne des Proletariats beantwortet werden, muss man nur die letzten 12 Jahre Revue passieren lassen. Ob hungrige Schulkinder in Griechenland, prekarierte Arbeiter*innen in Bangladesch, gestrichene Sozialleistungen in der Schweiz oder grösser werdende Flüchtlingsbewegungen: All diese Prozesse waren Folge der Krisenpolitik des Bürgertums nach 2008.

Bei der durch die Covid19-Pandemie losgebrochenen Krise handelt es sich um die direkte Fortsetzung und Verschärfung dieses Prozesses. Eine Verschärfung, welche die herrschende Ordnung erschüttern wird. Mit dem Proletariat, mit Heeren von Arbeiter*innen, die in Fabriken und Büros für die Kapitalist*innen Profite zu erwirtschaften haben, schuf sich das Kapital seine eigenen Totengräber*innen – jene Klasse, die dieses System niederwerfen kann. Mit den Antworten auf die aktuelle Krise schafft sich das Kapital aber noch viel mehr: Es schafft eine brandgefährliche Situation in der Millionen und Abermillionen Menschen deshalb in direkte Feindschaft mit der herrschenden Ordnung geraten werden, weil sie ihre direkten Lebensbedürfnisse nicht mehr werden decken können, weil sie ihre Wohnungen nicht bezahlen und ihre Familien nicht ernähren können werden. Mit der Fortführung der Krisenpolitik nur im Interesse der Besitzenden destabilisiert die herrschende Klasse den brüchigen Status quo weiter.

Wir wollen nur die Welt

Für die revolutionäre Linke eröffnet dies neue Perspektiven und die Deutlichkeit, dass wir uns mit nicht weniger zufrieden geben dürfen, als der irische Marxist James Connolly gefordert hat: «Our demands most moderate are, we only want the earth». (Unser Forderungen sind ausgesprochen gemässigt – wir wollen nur die Welt.) Nur so werden wir die Tragödie, die ins Haus steht, zumindest mildern können.

Mit Homeoffice rund um die Uhr arbeiten

Stefan Kühner. **Viele freuten sich, als sie von der Firma ein neues Smartphon auch für den privaten Gebrauch bekamen. Sie tappten jedoch in eine Falle. Aus der Flexibilität ist nicht die Zeitsouveränität der Beschäftigten entstanden, sondern ihre andauernde Verfügbarkeit. Und jetzt wird die Krise genutzt, um zu testen, was alles «privatisiert» werden kann.**



Viele Kopfarbeiter*innen sind von stressbedingten, psychosomatischen Erkrankungen betroffen. Bild: zVg

Das was von allen möglichen Seiten als «Neue Arbeit» gepriesen wird, erweist sich als verschärfte Form der Ausbeutung vor allem bei den Kopfarbeiter*innen. Dazu zählen zunächst die Beschäftigten, die bis vor zirka 15 Jahren als «Angestellte» bezeichnet wurden und in «Büros» arbeiteten. Allein in der Digitalindustrie arbeiten nach Angaben des Branchenverbandes Bitkom 1,3 Millionen Menschen und bei den Entwicklungsdienstleister*innen der Automobilindustrie sind es einige Hunderttausende. Nach Aussagen des Bundesdeutschen Statistischen Amtes war 1990 das Verhältnis von Arbeiter*innen und Angestellten noch etwa 50 zu 50 Prozent, 2018 betrug es 75 Prozent Angestellte zu 25 Prozent Arbeiter*innen.

Den Klassencharakter verschleiern

Die Kopfarbeiter*innen unterscheiden sich in ihrer Stellung im Produktionsprozess nicht mehr von den Prolet*innen in der klassischen Produktion. Sie erhalten Arbeitsanweisungen und Terminvorgaben sowie Compliance-Vorgaben. Für die Entscheidung wie sie arbeiten, bleibt wenig Spielraum – auch wenn sich darüber manche noch Illusionen machen. Die Arbeitsplätze der Kopfarbeiter*innen stehen seit Jahren unter grossem Rationalisierungsdruck und sind in Krisenzeiten stärker gefährdet als die Arbeitsplätze in der Produktion. IT-Systeme von Firmen wie SAP oder den CAD-Systemen übernehmen durch «intelligente» Funktionen vor allem Routineaufgaben und Arbeitsschritte, die durch einfache und mittlere Ausbildung geprägt waren. Durch ein immenses Wachstum an Produkten und neuen Formen der Konsumation wurde die Zahl der Arbeitsplätze der Kopfarbeiter*innen auf hohem Niveau aufrechterhalten.

Bei einem Grossteil der in diesen Bereichen Arbeitenden ist das (Klassen-)Bewusstsein allerdings wenig ausgeprägt. Eine jahrzehntelange auf Individualisierung ausgerichtete Bildung und Politik gehören zu den Gründen, dass dies funktioniert. Um diesen Zustand zu erhalten, wird die Propaganda für die «Neue Arbeit» zu einem Begriff, der den Klassencharakter von Arbeit und das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit verschleiern.

Experiment Homeoffice geglückt?

In vielen Unternehmen ist das gelegentliche und regelmässige Arbeiten im Homeoffice zur Normalität geworden. Viele Kopfarbeiter*innen sehen darin einen grossen Vorteil, vor allem dann, wenn sie Kinder oder andere Angehörige betreuen müssen oder weite Wege zu Arbeit haben. Das klingt nach Freiheit und Flexibilität. Die meisten Arbeitgeber*innen gehen auf solche Wünsche ein, ziehen sie daraus doch gewaltige Vorteile: Sie müssen weniger Büroraum, Büronebenkosten und Ausstattungen von Arbeitsplätzen in Rechnung stellen.

Mit der Pandemie wurde Homeoffice von einem Tag zum anderen für Millionen Kopfarbeiter*innen zur Normalarbeit. Die ersten Unternehmen jubeln bereits, wie gut das funktioniert. Angeblich sei aus Sicht der Betroffenen das Experiment Homeoffice geglückt. Wer sich jedoch mit eben diesen Betroffenen von Homeoffice unterhält, erfährt etwas anderes. Die permanenten Telefon- und Videokonferenzen sind bedeutend anstrengender, die Tendenz zu Mehrarbeit hat zugenommen und vor allem fehlt der soziale

Kontakt, wie zum Beispiel das kurze Gespräch mit den Kolleg*innen. Der Stress bei Homeoffice bleibt bei den Beschäftigten hängen. Ganze Familien müssen ihren Arbeitsalltag umstellen. Da die Kinder nicht mehr in die Schule gehen können oder die Kleinen nicht mehr in den Kinderhort, haben Homeoffice-Arbeitende während der Pandemie drei Jobs am Hals: Den Brotjob von mindestens acht Stunden, die Kinderbetreuung und den der Lehrer*innen, weil die Schule jetzt zuhause stattfindet. Die Krise wird genutzt, um zu testen, was alles «privatisiert» werden kann. Es wird gewaltige Anstrengungen erfordern, dass dies nicht zum Normalbetrieb wird.

Arbeiten ohne Unterbruch

In Deutschland ging am 6. April 2020 ein Entwurf für eine Bundesverordnung an die Presse, mit der das bisherige Arbeitszeitgesetz ausgehebelt werden soll. Die Höchstarbeitszeit soll nicht nur auf zwölf Stunden pro Tag und 60 Stunden pro Woche angehoben, sondern gleichzeitig die Ruhezeiten von elf auf neun Stunden verkürzt werden können. Was vor über hundert Jahren von der Arbeiterbewegung erkämpft wurde, soll im Windschatten der Pandemie offiziell und gesetzlich ausser Kraft gesetzt werden. Die Voraussetzungen dazu wurden durch die Digitaltechnik schon lange geschaffen, jetzt erfolgt der juristische und gesellschaftliche Angriff.

Ein Beispiel dieser digitalen Voraussetzungen: Mobile Geräte erlauben es jederzeit und an jedem Ort, mit anderen zu kommunizieren. Zu diesen «anderen» gehören auch Arbeitgeber*innen und Auftraggeber*innen, Kund*innen und Geschäftspartner*innen. Dafür erhielten viele Kopfarbeiter*innen ein Firmentelefon, das sie auch privat nutzen dürfen. Damit tappten sie oft in eine böse Falle, denn nun müssen sie, wenn die/der Chef*in anruft, den auch abnehmen. Die neue Technik ist das Instrument, um die Feierabendruhe auszuhebeln. Aus der Flexibilität ist nicht die Zeitsouveränität der Beschäftigten entstanden, sondern ihre andauernde Verfügbarkeit, wobei Mehrarbeit nicht vergütet wird. Das Problem der «Arbeit rund um die Uhr» ist ein klassisches Beispiel, wie mit schönen Floskeln wie «Beseitigung eines unzeitgemässen Bürokratismus» bestehende Normen, Regeln und soziale Errungenschaften beseitigt werden.

Jede Minute des Lebens optimal nutzen

Gegen Kohlestaub- und Mehlstauballergien oder Hautallergien bei Friseur*innen wurden im Laufe der Zeit durch gewerkschaftliche Kämpfe Schutzmassnahmen durchgesetzt. Viele Kopfarbeiter*innen sind von stressbedingten, psychosomatischen Erkrankungen betroffen. Die Arbeitgeber*innen weigern sich, diese als Berufskrankheiten anzuerkennen. Hier greift man viel lieber zu anderen Mitteln: Hunderte von Seminaren zur Stressbewältigung werden angeboten, um den stressbedingten Erkrankungen entgegenzuwirken. Die Lösung besteht freilich nicht in einer Strategie, um Überforderung durch zu viel Arbeit und der damit verbundene Stress abzuwehren. «Zuviel Arbeit gibt es nicht, es gibt nur eine falsche Organisation der Arbeit», lautet das Motto der meisten dieser Seminare: Ihr Ziel ist es, Tipps zu vermitteln und einzuüben, wie man die eigene Leistungs-

fähigkeit steigern kann und die Belastungen besser aushält. «Wichtig dabei ist: Stress empfindet jeder individuell. Was für den einzelnen eine spannende Herausforderung ist, kann für den nächsten schon zu einer wirklichen Stresssituation führen», heisst es seitens eines Schweizer Unternehmens, das dabei helfen will, Stress zu beseitigen.

Damit wird der allgemeine Druck am Arbeitsplatz auf ein rein individuelles Problem reduziert. Die Verantwortung der Unternehmen wird negiert. Zeit- und Selbstmanagement-Skills werden von den Unternehmensführ*innen als Kernkompetenzen des vorbildlichen Arbeitnehmers definiert. Jede Minute soll optimal genutzt werden, um den Anforderungen im Job, in der Familie und mit Freunden gerecht zu werden. Das Ziel: weniger schlafen, produktiver arbeiten. «Der Schlaf ist in der Logik des Kapitalismus etwas Unproduktives, ein Stillstand, in dem das Humankapital nicht zur Verfügung steht», so der US-amerikanische Essayist Jonathan Crary in seinem Buch »24/7: Schlaflos im Spätkapitalismus«.

Intelligente Tagelöhner*innen

Unter dem englischen Modebegriff Crowdworking oder Clickworking wurde ein Arbeitsverhältnis wieder zum Leben erweckt, das an die Frühzeiten des Kapitalismus erinnert – die Tagelöhner*innen. Crowdworking-Jobs sind Tätigkeiten gegen Bezahlung, die auf Crowdworking-Plattformen (Internetportalen) von Auftraggeber*innen (also Arbeitgeber*innen) angeboten werden. Die Crowdworker*innen (also Arbeitnehmer*innen) bewerben sich, um Aufträge zu einem festgesetzten Geldbetrag und innerhalb eines von dem Auftraggeber*innen vorgegebenen Zeitfensters zu erledigen. Bewerben sich mehrere Crowdworker*innen, geht der Auftrag an die/den Bewerber*in, die/der die Arbeit am billigsten anbietet. Eine Teufelsspirale entsteht, die den Preis der Arbeit nach unten zieht – zur Freude der Auftraggeber*innen und zum Leid der Crowdworker*innen.

Auf einigen der ersten Crowdworking-Plattformen bildeten sich teilweise menschenverachtende Methoden heraus. So wurden Aufträge konkurrierend an mehrere Crowdworker*innen vergeben, bezahlt wurde aber nur derjenige, dessen Lösung angenommen wurde. Alle anderen hatten vergebens gearbeitet. Viele der Plattformen vermitteln kleinteilige Jobs wie Internetrecherchen, Durchführung von Umfragen oder Aufbereitung von Adressen. Aber auch höherwertige Arbeiten wie Homepageprogrammierung oder journalistische Recherchen sind im Angebot. Von den Betreiber*innen der Plattform und den Auftraggeber*innen wird diese Form als ideal für Nebenerwerbsarbeit gepriesen. Sie ist aber nichts anderes als ein ungeschütztes, tarif- und sozialversicherungsfreies Arbeitsverhältnis.

Der überwiegende Teil der Crowdworker*innen ist laut einer Studie gut ausgebildet – knapp die Hälfte hat einen Hochschulabschluss. Mehrere Millionen Crowdworker*innen holen sich ihre Arbeit haupt- oder nebenberuflich über diesbezügliche Plattformen. Zu deren grössten gehören Amazon Mechanical Turk mit einer Million registrierten Nutzer*innen oder auch die Microtasking Plattform mit geschätzten 800 000 Registrierungen.

Die Pandemie deckt auf

Der als «digitale Transformation» bezeichnete Wandel in den Produktionsverhältnissen ändert nichts am Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Er ändert nichts am Verhältnis zwischen arm und reich – weder national noch international. Er hebt insbesondere die Ausbeutung nicht auf, auch wenn ein Teil der Arbeiter*innenklasse nicht mehr mit Muskelkraft schafft, sondern mit dem Kopf. Wie anfällig und wie belastend die Arbeit in der «digitalen Transformation» ist, zeigt sich während der Pandemie wie unter einer Lupe: Kurzarbeit im Wechsel mit Mehrarbeit, Entlassungen oder den Zwang zum Homeoffice bedrohen grosse Teile der Arbeiter*innenklasse in Fragen ihrer finanziellen Existenz. Dort wo Beschäftigte Vorteile für sich sehen, die durchaus auch tatsächlich vorhanden sein können, zahlen sie diese in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen selbst. Auch weite Teile von Selbständigen und kleinen Gewerbetreibenden teilen plötzlich das Schicksal der Arbeiter*innen.

KURZ und SCHNURZ
Neue Technologien gehören zu den vielen Dingen, die im Kapitalismus von der demokratischen Kontrolle ausgeschlossen sind. Man braucht die digitalen Spielzeuge wie 5G, selbst fahrende Autos und Züge, weil die Konkurrenz sie auch will oder hat, um im Wettbewerb um Marktmacht und Profitsteigerung mithalten zu können. Und man macht sie den Konsument*innen schmackhaft, indem man ihnen in Aussicht stellt, dass sie damit in der Freizeit und an der Arbeit auch spielen dürfen. Die Coronakrise mit Homeschooling, Homeoffice und Homeentertainment gibt einen Vorschmack auf die digitale Zukunft.

Himmel über der Wüste

Hans Peter Gansner. **Der US-amerikanische Schriftsteller und Fotograf Paul Bowles kehrte früh seiner Heimat den Rücken zu und zog nach Marokko, genauer nach Tanger. Seine Inspiration holte sich Bowles nicht zuletzt auch von Trancetänzen und Ritualen, die oft mit Kiff- und Majoun-Konsum verbunden waren. Ein Ausflug in die US-amerikanische Literatur im Jahr der Präsidentenwahl.**

Ein Tag vor Silvester 2000 wäre der amerikanische Schriftsteller Paul Bowles in der nordmarokkanischen Stadt Tanger runde 90 Jahre alt geworden. Doch er hat der literarischen Öffentlichkeit den Streich gespielt, ein Jahr zuvor, im November 1999, zu sterben. In der Légation Américaine von Tanger, wo früher die Botschaft der Vereinigten Staaten untergebracht war, fand Ende 2019 eine kleine Feier im kleinen Kreis von eingeweihten Bowles-Cracks statt. Zwischen den Schaukästen des prachtvollen Medina-Palastes spielte und tanzte eine Gnaoua-Band, eine jener kultischen Wüstenmusiker-Combos, die Bowles selbst bis zum Schluss seines Lebens gern um sich scharte, um sich mithilfe von Trancetänzen und an den magisch-beschwörenden Rhythmen anzutönen. Bekannt wurde Paul Bowles, der ab 1947 den grössten Teil seines Lebens in Tanger verbrachte, durch Bernardo Bertoluccis höchst fragwürdige, weil abstoßend kommerzielle Verfilmung seines 1949 erschienenen ersten Marokko-Romans «Himmel über der Wüste».

Früher Aussteiger

Schon 1956, nach der Unabhängigkeitserklärung Marokkos, hatte Bowles als prominenter Ausländer der Aufforderung des damals äusserst beliebten und bis heute verehrten Königs Mohammed V. Folge geleistet, autochthone Volksmusik zu sammeln. Bowles holperte mit seinem legendären Jaguar, den er auf Anraten des Beat-Poeten Brion Gysin gekauft hatte, über Stock und Stein mit einem Tonbandgerät durch die Wüste. Auf diesem Trip fing Bowles auch zu fotografieren an. Erschienen sind nun diese Schwarzweissaufnahmen in einem bibliophilen Band: «Fotografien. Wie hätte ich ein Foto in die Wüste schicken können?»

Doch wie kommt ein einflussreicher Musikkritiker der «Times» auf die ausgeflippte Idee, ausgerechnet in der Bucht von Tanger, in diesem «Taubenschlag» internationaler Abenteurer*innen, Dealer*innen, Sex- und Drogenbesessenen, Strichjungen, Geldwäscher*innen, Wechsler*innen, Trader*innen, Schieber*innen und anderer zwielichtiger Gestalten, definitiv Anker zu werfen? Es war Gertrude Stein gewesen, die dem Zivilisationsüberdrüssigen den Tipp von Tanger gegeben hatte, eine der wohl folgenreichsten Entscheidungen der modernen Literatur: so steckte diese geniale Frau neben Hemingway, den sie nach Paris lockte, auch Bowles die entscheidenden Claims, um ihm das klägliche Versumpfen im «American Way of Life» zu ersparen.

Die «weisse Stadt» mit dunklen Kräften

In der Tat war die «Zone internationale», die bis 1952 ein Tummelplatz für weltweite geschäftliche Aktivitäten war, ein Magnet für freie Geister - und Körper, muss hinzugefügt werden, denn die Sexual- und Drogen-Permissivität war in Tanger seit jeher legendär. Und sie ist es noch sosehr, dass es geradezu lästig ist, ununterbrochen von Dealer*innen jeder auch nur vorstellbaren Art von «Vergnügen» angehauen zu werden: «What are you looking for?» heisst die stereotype Frage der Finsterlinge, welche die/den Stadtbummler*in am Ärmel packen, und für genügend Geld ist ausnahmslos alles zu haben. Dies hat natürlich Folgen für die Befindlichkeit der Einheimischen: eine Legende berichtet, dass die Bewohner*innen von Tanger, wenn sie Einlass ins Paradies begehren, Allah gestehen, dass sie ein schlechtes Leben geführt hätten. Allah jedoch sage darauf: «Was könnt ihr dafür? Ihr habt ja in der «Zone Internationale» leben müssen!» Und sie dürfen in allen Ehren ins Paradies eintreten...

Bowles war sowohl fasziniert von diesem «Disneyland der Weltgeschichte», auf das er hier traf, als auch von der Fauna exzentrischer Wesen. Seine Frau Jane hingegen, ebenfalls eine begnadete Autorin, die schon vor ihrem Mann bekannte und anerkannte Bücher schrieb, vertrug diese Dauer-Extase weniger gut. Sie liierte sich mit einer faszinierenden Marokkanerin, der okkulte Kräfte nachgesagt wurden. Jane verstarb aus bis heute ungeklärten Gründen in einem Krankenhaus in Malaga. Dies nach einer jahrelangen Phase totaler, lähmender Unproduktivität, während derer sie



Paul Bowles Mitte der 1950er-Jahre. Bild: zVg

ein Romanprojekt unzählige Male überarbeitete und sich in einem unübersichtlichen Labyrinth von Versionen verirrt, aus dem sie keinen Ausweg mehr fand.

Und sie war nicht die einzige, die den dunklen Kräften der «weissen Stadt», wo «die Menschen mit dem Hintern auf dem Felsen hocken und mit den Augen den Horizont des Meeres mustern», wie das marokkanische Diktum für die Leute von Tanger lautet, nicht standhielt: Brion Gysin, der damals mit Bowles noch zu seinem ersten Sahara-Trip in dem Jaguar, Kabriolett, Modell MK V (Drophead) aufgebrochen war, floh bei Nacht und Nebel, nachdem er in dem von ihm selbst kurz zuvor eröffneten Restaurant «Thousand and One Night» eines jener gefürchteten Zauberpäckchen entdeckt hatte, in dem er als Fluch zwischen Schamhaaren, Zähnen und Fingernägeln ein Briefchen mit arabischen Schriftzeichen gefunden hatte, die besagten: «Brion Gysin wird diesen Ort verlassen, wie der Rauch, der durchs Kamin zieht, und er wird nie mehr wiederkehren».

Die Kiff-Kultur lebt weiter

Diese Art Woodoo-Zauber, der aus den autochthonen afrikanischen Naturreligionen stammt, und die der relativ spät implantierte Islam nie zu verdrängen vermochte, ist bis heute virulent: Bow-

les war gleichzeitig erschreckt und fasziniert von den Ritualen, die oft mit Kiff- und Majoun-Konsum (eine Art Bonbon aus einer Haschischpaste) verbunden sind, und die manchmal recht blutige Formen annehmen können. So gerät Nelson Dyar, der Protagonist von «Let it come down», auf der Flucht mit einem Koffer voller Devisen in ein marokkanisches Bergdorf in der Nähe Ceuta, wo er eine jener ekstatischen Tanzszenen erlebt, bei der sich die Tänzer in Trance mit einem Messer dermassen verletzen, dass sie schliesslich ohnmächtig zusammenbrechen. Aus diesen nie gebrochenen Urkräften, die der Schweizer Autor Florian Vetsch in seinem Essai «Antäisches Kraftfeld» ausführlich analysiert hat, schöpfen aber auch die marokkanischen Dichter, die Bowles entdeckte und förderte, bis zum heutigen Tag: der Maler-Dichter Mohammed Mrabet und der ehemalige Gassenjunge aus Tanger: Mohamed Choukri, die beide bis ins Erwachsenenalter weder lesen noch schreiben konnten, deren Erzählungen Bowles zuerst auf Tonband aufnahm und aus dem Arabischen übersetzte. Und auch auf den paranoid-ornamentalen Irrgärten des von Bowles geförderte Malers Ahmed Yacoubi lebt die Kif-Kultur des wilden Riff-Gebirges fort, das sich beinahe unüberwindlich zwischen Tanger und Ceuta erhebt.

Schande!

Hans Peter Gansner. **In seinem neuen Buch «Die Schande Europas» prangert der nie müde Kämpfer Jean Ziegler die unakzeptable Flüchtlingspolitik der EU an. Eine wichtige Stimme in der gegenwärtigen Krise der Migrationspolitik.**

Wegen des Corona-Virus ist der grosse Schandfleck der europäischen Flüchtlingspolitik beinahe etwas in Vergessenheit geraten. Und dies, obwohl diese armen Flüchtlinge «auf den Klippen des Abgrunds» (Karl Marx) noch mehr darunter leiden als allen andern Menschen dieser Erde und sich wegen dem Virus eine noch grössere, unvorstellbare Tragödie ihren Lauf nimmt.

Im Mai 2019 reiste der Schweizer Soziologe Jean Ziegler in seiner Funktion als Vizepräsident des Beratenden Ausschusses des UN-Menschenrechtsrats in das Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos. Er war entsetzt von der humanitären Katastrophe, die er vorfand. In dem Lager, das für 3000 Bewohner gedacht war, lebten damals schon 18000 Menschen - über die Hälfte Kinder, viele von ihnen unbegleitete Minderjährige ohne jeglichen Schutz. Sein Buch legt Zeugnis ab von dem moralischen Verfall, auf den Europa zusteuert, und ist ein eindringlicher Appell an die zuständigen

Politiker*innen in Brüssel und an die Zivilgesellschaft, der Praxis des «Push-Backs» und der unmenschlichen Realität der Hotspots ein Ende zu machen - denn sie sind die Schande Europas.

Die Fakten und Meinungen

Die Fakten im Buch sprechen für sich. Eindringlich sind die Schilderungen des «Flüchtlingsregimes» aus Bürokratie, Korruption, Abschreckung und Überforderung. Bedenkenswert auch Zieglers Abgleich von Asyl-Praxis und Grundüberzeugungen der EU, da ist wirklich sehr viel Konfliktstoff in der Flüchtlingsdiskussion. Manche mögen es überheblich finden, dass der Autor sich scheinbar auf einer absoluten Anspruchs- und Rechteebene bewegt, da er nun mal geistesgeschichtlich ein Erbe von Jean-Jacques Rousseau und Abraham Lincoln ist. Das erweckt bei manchem «Realpolitiker» den Eindruck, dass Ziegler die politischen Realitäten zu wenig berücksichtigt. Aber das waren angesichts von Zieglers grundsätzlichem Engagement schon immer die

Bedenken von rosaroter und bürgerlicher Seite gegenüber dem Haudegen von Genf. Und wenn alle schweigen, muss mancher halt auch mal schreien...

Engagement, das von Herzen kommt

Jean Zieglers «Die Schande Europas» (kongenial aus dem Französischen übersetzt von Hainer Kober) ist nicht nur informativ, sondern auch ein ausserordentlich spannendes Werk, das sich nahtlos in die Opera omnia des grossen zornigen Soziologen und Politikers einreicht, in das Werk eines Mannes, für den der Verstand wichtig, aber das Herz das Wichtigste ist, wie es in der Bibelstelle heisst: «Glaube, Liebe, Hoffnung - das wichtigste aber ist die Liebe (zu den Menschen).» Und die kommt vom Herzen, das immer noch links schlägt. Wir sind auch immer wieder ergriffen von Jeannots Schaffenskraft, Engagement und Lebensfreude und wünschen ihm weiterhin einen aktiven «Ruhestand» mit vielen Reisen und damit verbundenen Büchern.

Frauen*kämpfe um Walpurgisnacht

sah. **Trotz Corona-Krise bleiben feministische Aktivist*innen kämpferisch. Es erfolgten Farbanschläge auf das Pornokino «Cine Mascotte» und den Verband Zürcher Krankenhäuser. Und zur «Entglasung» des Parteilokals der SVP Basel-Stadt kam es wegen der Heuchelei der Partei. Ein Rückblick.**



Das Pornokino «Cine Mascotte» in Basel wurde von Aktivist*innen verschönert.
Bild: zVg

Die Walpurgisnacht jeweils am 30. April ist sinnbildlich für den Widerstand gegen die jahrhundertelange Verfolgung von Hexen. FLINT*-Menschen wurden früher der «Hexerei» angeklagt, systematisch unterdrückt und ermordet. Frauen* stellten in Mitteleuropa die Mehrzahl der Opfer rund um das Thema Hexerei. Insgesamt wird geschätzt, dass in Europa im Zuge der Hexenverfolgung drei Millionen Menschen der Prozess gemacht wurde, wobei 40 000 bis 60 000 Betroffene hingerichtet wurden. Der Höhepunkt der Verfolgungswelle in Europa liegt zwischen 1550 und 1650. Feministische Aktivist*innen lassen die Tradition der Walpurgisnacht spätestens seit 2019 wieder aufleben.

Scheinbar grenzenlose Lust

Mit Farbe angegriffen haben Aktivist*innen am 30. April 2020 das Pornokino «Cine Mascotte» bei der Elisabethenanlage 7 in Basel. In einer Erklärung zur Aktion auf dem Infoportal barrikade.info schreiben die Frauen*: «Wir finden nicht, dass Sexualität tabuisiert werden soll oder dass Pornographie per se schlecht ist. Pornos können toll sein. Pornos können queer-feministisch sein. Viele Mainstream-Pornos und ein Grossteil der Pornoindustrie tragen jedoch unglaublich viel zu einer patriarchalen Darstellung von Sexualität bei.» Weiter wird konkretisiert: Die scheinbar grenzenlose Lust von Männern* steht in vielen heteronormativen Pornos im Vordergrund. FLINT*-Menschen werden objektiviert. Sie dienen der Befriedigung der Männer*. Die eigene Lust der FLINT*-Menschen spielt keine Rolle. Das Fazit am

Schluss der Erklärung lautet, dass auch viele queere oder lesbische Pornos auf die Lust von Cis-Männern zugeschnitten sind. Wenn FLINT*-Menschen also Sexualität ausleben, dann nur, wenn sie für Männer* konsumierbar ist.

Momentan ist das «Cine Mascotte» jedoch wegen dem Corona Virus geschlossen. So gibt es zurzeit weder «superklare Film-Qualität dank digitaler Projektion ab Festplatte» sowie «Einzel- und neue Doppel-Sexfilmkabinen mit über 1000 Filmen zur Auswahl lebensecht in super HD-Qualität», wie das auf der Webseite angepriesen wird. Ob und wie das Kino überhaupt noch öffnen wird, ist unklar. Die Basler Zeitung berichtete schon Anfang 2019, dass die Liegenschaft an der Elisabethenanlage beim Bahnhof SBB in Basel totalsaniert werden soll. Die Mietverträge werden voraussichtlich nicht mehr erneuert.

Geheuchelte Solidarität

Auch im Zeichen der Walpurgisnacht wurde Anfang Mai der Eingangsbereich des Gebäudes, in dem sich die SVP Basel-Stadt befindet, entglast. Die Akteur*innen der Aktion schreiben auf der Webseite barrikade.info: «Ihr, wie alle anderen Parteien, beschwört angesichts der Krise den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Plötzlich sollen alle an einem Strang ziehen und Verantwortung übernehmen, wo doch euer ganzes System darauf ausgelegt ist, Verantwortung abzugeben». Aufgefallen ist die SVP letzthin durch ihre Kampagne «Massenarbeitslosigkeit stoppen! Pleitewelle verhindern!», Hier

üben SVP-Protagonist*innen massiv Druck aus, um ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Forderungen waren unter anderem die Öffnung sämtlicher Geschäfte und Gastronomie ab dem 11. Mai, systematisch die Grenzkontrollen aufrecht zu erhalten, die «verfassungsmässige Ordnung» wieder herzustellen sowie den «Lockdown» zu beenden. Menschenleben sind für die SVP bloss als willige Arbeitskräfte schützenswert, so meinen die Aktivist*innen der Aktion «Entglasung».

Die geheuchelte Solidarität der Partei reiche nur entlang der Landesgrenze. Das heisst auch, dass die SVP seit Jahrzehnten gegen Menschen ohne Schweizer Pass hetzt und auch mit ihrer Politik für Verfolgung, Einsperrung und Ausschaffung mitverantwortlich ist. Heute wie früher hat die SVP-Politik den europäischen Rechtsruck gefördert. Mit der Forderung, den «Lockdown» zu beenden, ist die SVP auch Teil der aktuellen Strömung rund um die Protestbewegung, die sich gegen die «Corona-Massnahmen» richten und in einigen Schweizer Städten aktiv ist. Teilnehmer*innen der Bewegung wollen Grundrechte schützen, «eine lückenlose Aufklärung der Corona-Lüge», engagieren sich gegen den «Impfzwang» oder gegen die staatliche Überwachung. Sie bedienen sich nicht selten bei ihren Argumenten bei rechten Ideologien oder Verschwörungstheorien. Dies alles reissen die Frauen* der Aktion «Entglasung» in ihrer Erklärung an und schliessen mit dem Satz: «Unsere rebellischen Herzen brennen und hinterlassen Scherben. Es ist ein guter Moment, um anzugreifen.»

Solidarität ist keine hohle Phrase

Auch am 1. Mai 2020 griffen feministische Aktivist*innen an. «Wir haben uns diesen 1. Mai in Zürich dem Aufruf zu dezentralen Aktionen angeschlossen und am Nachmittag den Verband Zürcher Krankenhäuser (VZK) an der Nordstrasse 15 mit Farbe beworfen», so lautet die Erklärung gegen Sparmassnahmen der Kleingruppe, die sich auf barrikade.info findet. Weiter ausgeführt wird im Text, dass der VZK der Arbeitgeberverband der Spitäler ist und neben dem Universitäts-, Waid-, und Triemli-Spital weitere Pflegezentren, Spezial- und Rehabilitationskliniken umfasst. Wie bei allen Arbeitgeberverbänden ist hier das Ziel, Interessen der Besitzenden durchzusetzen. Einziger Existenzzweck ist das Voranbringen von Ausbeutung der Arbeiter*innen mittels Profitmaximierung. Existenzgrundlage ist das barbarische System des Kapitalismus.

Dieses System zeigt vor allem mit der Corona-Krise: Profit steht vor Gesundheit, Menschenleben werden zur Kostenfrage, so lautet das Fazit. Für die feministischen Aktivist*innen soll die Solidarität mit dem Pflegepersonal keine «hohle Phrase» sein. Sie schreiben, dass wenn Personen, die gestern Sparpakete vorangetrieben haben, heute Solidarität propagieren, mehr als nur Heuchler* sind. Die Aktivist*innen konkretisieren ihren Begriff von Solidarität: «Solidarität heisst für uns etwas anderes, als sich kurz zusammenzureissen, um danach genauso weiter zu machen, wie bisher. Solidarität ist für uns etwas Aktives».

Grosse psychische Belastung

Wie schlimm die Situation in den Spitälern aktuell wirklich ist, publiziert die Gruppe «Care Work Unite!» regelmässig unter anderem auf Facebook. Care-Worker*innen und solidarische Aktivist*innen des Feministischen Frauen*-Streik-Kollektives (unter anderem Zürich) sammeln kurze Erfahrungsberichte aus dem Care-Alltag und geben so einen Einblick. Beispielsweise berichtet eine Hebamme, dass im Moment die Spitäler fast leer bleiben. «Was ich merke, ist die grosse Unsicherheit. Es ist einerseits ein Warten auf die grosse Welle an Patient*innen und andererseits die Frage, ob die Welle überhaupt noch kommt.» Informationen, welche Frauen* und Männer* im Care-Bereich erhalten, sind meistens widersprüchlich. Viele Fragen werden nicht beantwortet. Nach der Beobachtung der Hebamme ist eine grosse psychische Belastung da, wenn Frauen* mit ihren Neugeborenen auf jeglichen Kontakt mit Freund*innen und Verwandten verzichten müssen und somit mit einem grossen Teil der Arbeit nach der Geburt allein dastehen.

Weisse Rose, blühe!

sah. **99 Jahre Sophie Scholl: Die 1921 geborene Widerstandskämpferin gegen den deutschen Faschismus wurde aufgrund ihres Engagements in der Gruppe «Weisse Rose» ermordet. Was meint widerständiges Kämpfen heute?**

Rosen können nicht nur Farben und Düfte haben. Wenn der Stock winterfest verpackt wird, kann es sein, dass die Blumen auch im kommenden Frühjahr und Sommer ihre Blüten in voller Pracht entfalten können. Die weisse Rose steht mit ihrer Farbe seit der Gruppe um Sophie und Hans Scholl für Toleranz und Humanität, mit ihrer Fähigkeit, dem Winter trotzen zu können, auch für nötige Kontinuität des antifaschistischen Kampfes.

Widerstand ist Pflicht...

Praktisch sah der Widerstand der Rose anfangs der 1940er-Jahre wie folgt aus: Mitglieder in München verschickten ihre aufklärerischen Flugblätter, legten sie in Telefonkabinen oder in Wartsälen hin. Auch in anderen Städten wie Berlin, Hamburg oder Wien wurden Aktionen durchgeführt. Sophie Scholls Mitarbeit bestand in der Herstellung und Verbreitung der Flugschriften, deren Inhalt sich in kurzer Zeit radikalisierte, vom passiven Widerstand bis hin zum Aufruf zum Sturz der Hitler-Regierung.

Insgesamt sechs Flugblätter verfasste und verbreitete die Münchner Widerstandsgruppe. Ein wichtiger Punkt, der in der dritten Schrift dargelegt wurde, gilt noch heute: Widerstand gegen einen verbrecherischen Gewaltstaat ist (sittliche) Pflicht. Jede*r Einzelne soll versuchen, den Nationalsozialist*innen in seinem jeweiligen Lebensumfeld entgegen zu treten und zwar entsprechend der damaligen Situation: So sind beispielsweise rüstungs- und kriegswichtige Betriebe aufgelistet, um Sabotageakte durchzuführen. Aufgerufen wurde auch, Versammlungen sowie Kundgebungen durchzuführen, oder auch Organisationen und Gruppen gegen die nationalsozialistische Partei zu gründen.



Von den Nazis ermordet: Sophie Scholl. Bild: zVg

... auch heute noch!

Die Botschaft rund um die «Weisse Rose» lautet: Jede*r ist in der Lage, etwas beizutragen zum Sturz des Faschismus. Bald wurde die Gestapo auf diese antifaschistischen Aktionen aufmerksam und es lief eine intensive Fahndung nach den Aktivist*innen. 1943 schnappte die Falle zu. Sophie und Hans Scholl wurden mit Flugblättern in der Münchner Universität verhaftet. Tage später und nach intensivem Verhör der Gestapo wurden die Geschwister Scholl von Vertretern des nationalsozialistischen Regimes ermordet – so wie viele andere Aktivist*innen im Widerstand und mit unterschiedlichen linken Ausrichtungen. 99

Jahre Sophie Scholl – und zum Glück gibt es keinen Nationalsozialismus mehr. Doch der Faschismus ist nicht tot. Wie er bereits vor der «Machtergreifung» von Adolf Hitler da war, so ist er auch heute präsent.

Aktuell hat die rechte Ideologie in der Corona-Krise ein Sprachrohr. Sie sammelt sich unter dem Deckmantel der «Menschenrechte». Oft werden Geflüchtete als Überträger*innen des Virus dargestellt und in den Demonstrationen tummeln sich Personen aus der rechtsextremen Szene oder aus einschlägig bekannten Parteien. Aber auch der Widerstand ist wachsam, denn er weiss: Jede*r ist in der Lage, etwas beizutragen!

Das kapitalistische Patriarchat

dab. **Neandertaler, Germanen, Russen und Moslems werden als finstere Machos dargestellt, die westliche Gesellschaft dagegen als weitgehend patriarchatsfreier Raum. Dabei werden eigene Patriarchatsprobleme, direkte und strukturelle Gewalt ignoriert und in der Familie privatisiert und endgelagert.**

Machos, Kinderschänder und Frauenzüchtiger betrachtet die bürgerliche Ideologie als Ausländer und als charakterschwache, geistesgestörte einheimische Ausnahmefälle. Das ernst zu nehmende gesellschaftliche Problem wird privatisiert und auf andere abgeschoben, die man als minderwertig betrachtet. TV-Dokumentationen mit anschaulichen Spielfilmsequenzen behaupten breitbeinig wider besseres Wissen der Ethnologie und Archäologie, die Neandertaler seien streng patrilineal (männliche Erbfolge) und patriarchal organisiert gewesen. Mainstreamige Archäologiesendungen ignorieren Darstellungen und Symbole der wichtigen weiblichen Einflüsse auf das öffentliche Leben und projizieren patriarchale Strukturen in matrizenrische antike Hochkulturen wie Kreta, Troja und Etrurien.

Je älter die Kultur, desto barbarischer und patriarchalischer soll sie gewesen sein. Die patriarchalen griechischen und römischen Kulturen barbarisierten in ihren Propagandaschriften die Kelten und Germanen, da diese Konkurrent*innen von Rom und Athen waren. Diese widersetzten sich der Unterwerfung und hatten in Wirklichkeit eine feinere, sanftere und differenziertere Kultur und Spiritualität als sie selbst, sie behielten effektiv mehr matrizenrische Elemente bei.

Teile und herrsche

Weibliche spirituelle Figuren und das Mysterium der Geburt standen im Zentrum des gesellschaftlichen und spirituellen Lebens der vorpatriarchalen, matrizenrischen Gesellschaften. Sexuell und spirituell, wirtschaftlich und sozial waren Geschlechter und sexuelle Orientierungen gleichberechtigt, die Bereiche gehörten ganzheitlich zusammen. Wo die Männer wie in den poly- und monotheistischen Kulturen Mythen fälschen und männliche Gottheiten über weibliche setzen, die Frauen aus wichtigen kultischen Funktionen verdrängen und zu Tempelprostituierten degradieren, hat die patriarchalische Teile-und-herrsche-Trennung bereits stattgefunden.

In vorpatriarchalen, matrizenrischen Gesellschaften gab es keine Prüderie, keine Hierarchien, keine Fixierung auf Familie und Zweierbeziehung. Die Menschen lebten überall auf der Welt, wenn sie nicht in handlichen Zelten unterwegs waren, meist in grossen Gemeinschaftshäusern, alles war Kollektivbesitz. Das wirtschaftliche und soziale Leben, die Sexualität waren durch Partizipation aller freiheitlich, klar und sozialverträglich geregelt. Elternschaft und Vorstellungen von ehelicher Treue interessierten gar nicht, alle zusammen nahmen die Verantwortung für Wohlergehen und Entwicklung der Kinder wahr. Diese Verantwortung blieb nicht an den einzelnen Müttern und Vätern hängen, es kam nicht zu Stress und diskriminierenden Rollenzuschreibungen.

Kampf, Konkurrenz, Geld

Wo Männer die Frauen und andere Menschengruppen, die Dritte Welt und die Natur mit List und Gewalt zu Macht- und Profitzwecken instrumentalisieren, ist Patriarchat. Und da, wo der Hollywood-Einzelkämpfer aufbricht zu neuen Ufern und sein Ziel gegen alle Widersacher mit viel Gewalt und unter Missachtung der Regeln erreicht. Dabei geht es immer um idealistisch verschleierte, egoistische Ziele wie Bereicherung, Vorteile und Privilegien, Ausbeutung und Herrschaft.

Der gesellschaftlich integrierte moderne Mann arbeitet hart und ohne Rücksicht auf seine Gesundheit, meist ausser Haus. Dazu kommen noch Pflichten in der Familie, aktiver Freizeitstress und die Befriedigung kleiner und grosser Laster als Kompensation. Der Patriarch zieht in den Krieg, in den Kampf um einen Platz in der Arbeitswelt, um Marktanteile, Einschaltquoten, beruflichen Aufstieg, Beute. Die Familie und die aufopfernde, wirtschaftlich abhängige Frau (meist doppelt belastet), idealisiert er, kokettiert damit, im Grund ein Familienmensch zu sein.

Heilig ist aber heute die Unternehmung, die oft liebevoll als Familie bezeichnet wird und einseitigen Gewinninteressen dient. Die durch wirtschaftliche, gesellschaftliche und religiöse Bedingungen im 19. Jahrhundert entstandene patriarchale Kleinfamilie ist längst tot, zerrissen durch die auseinander strebenden Interessen der vereinzelter Kämpfer*innen im verschärften kapitalistisch-patriarchalischen Wettbewerb.



Keine Familienstruktur: Modell eines altsächsischen Gehöfts mit dem Langhaus, das Gemeinschaftswohnhaus war. Bild: zVg.

Schönes neues Patriarchat

Patriarchatsprobleme werden ignoriert und in der Familie privatisiert. Die isolierte Zweigenerationen-Kleinfamilie wird durch Wettbewerb, ungleiche Machtverteilung und Rollenfixierungen überstresst und meist emotional überfrachtet. Es entstehen gefährliche Ungleichgewichte, oft Neurosen und Gewalt, mässige Einflüsse wie in grösseren, gleichberechtigten Gemeinschaften fallen weg. Die Ehefrau ist die Tankstation für den grossen Kämpfer und den Kämpfer*innen-Nachwuchs und muss in der Familie wichtige logistische, psychologische, emotionale und gegenüber dem Mann sexuelle Funktionen übernehmen. Ist genug Geld da, kann sie einen Teil der Arbeit an Externe wie Seelenklemper, Haushalt- und Kinderhütopersonal delegieren und hat Raum für kreative Hobbys und Erwerbsarbeit. Ist wenig Geld da, muss sie zusätzlich arbeiten gehen und die Kinder mindestens teilweise vernachlässigen.

Ein paar wenige Frauen* schaffen es mit grössten Anstrengungen, List und Intrige, in Männerdomänen

einzudringen und in der Machowelt mitzuhalten. Die männliche Elite beweist damit ihre Offenheit und Toleranz, die tüchtigen, privilegierten Frauen gehören dazu, werden bewundert und angefeindet. Sie finden eine individuelle Lösung für das gesellschaftliche Problem Geschlechterrollen und Diskriminierung, das Bestehen bleibt. Laut den liberalen Ideolog*innen garantiert der «freie» Wettbewerb mit seinen patriarchalen Regeln Chancengleichheit und gleiche Rechte. Der Mainstream-Diskurs lehnt die alten Formen des Patriarchats ab und schafft neue, die dem Kapitalismus dienen und den Schein von Emanzipation, Gewaltfreiheit und Gleichberechtigung verbreiten.

BÜCHER ZUM THEMA:

- CAROLA MEIER-SEETHALER: URSPRÜNGE UND BEFREIUNGEN, EINE DISSIDENTE KULTURTHEORIE, OPUS MAGNUM 1988/2017, 548 SEITEN
- CHRISTA WOLF: KASSANDRA, ERZÄHLUNG, SUHRKAMP 1983/2009, 178 SEITEN

Inhalte statt Effekthascherei

dab. **«Blutsbrüder», ein heute 45-jähriger Westernfilm aus der Deutschen Demokratischen Republik, hatte auch ausserhalb der sozialistischen Welt Erfolg. Das Werk unterscheidet sich wohltuend von Hollywood-Western, die auf harte Machos, Frauen als Sexobjekte, harte Gewalt und Verherrlichung des «freien» Wettbewerbs setzen.**

Ein weisser US-Soldat, gespielt vom aus den USA in die DDR ausgewanderten Sänger Dean Reed, verlässt nach einem Massaker in einer Indianersiedlung die Armee und pflegt eine von Weissen schwer verletzte indianische Frau. Er verliebt sich in sie, die Art und Lebensweise der Ureinwohner*innen gefällt ihm und er kehrt nicht in die Welt der Weissen zurück, dies 1975, 15 Jahre vor dem US-Film «Der mit dem Wolf tanzt». Ein Krieger, gespielt vom Defa-Star Gojko Mitij, wird sein Freund und später Blutsbrüder. Der Film zeigt unspektakulär und anklagend die rassistische Verfolgungs-, Deportations- und Ausrottungspolitik der USA und die Indianer*innen als unkomplizierte, herzliche, humorvolle, leidenschaftliche, sympathische normale Menschen – und ohne die steifen Ehrbegriffe, den Herrenmenschenkult, die Schwarzweiss-Malerei und Realitätsferne der Karl-May-Romane und -Filme.

Innovative, fiese Ideen

Mainstreamige Italowestern und Actionfilme der Siebziger trugen im Vergleich mit den DDR-Produktionen der entsprechenden Genres schon damals viel dicker auf mit visuellen, farblichen, akustischen und dramaturgischen Tricks und Effekten,

mit mehr Gewalt, mit schrillen und sexistisch gestalteten Figuren: zweitrangigen Frauenfiguren mit betäubendem Sexappeal und hyperaktiven, stahlharten Mannsbildern, nordamerikanischen Machos, die im Wettbewerb innovative (fiese) Ideen haben und nie versagen dürfen – schliesslich standen und stehen die Filmprodukte des kapitalistischen Patriarchats im ätzenden Wettbewerb untereinander und müssen mit Superlativen Kinokassen zum Klingeln und Einschaltquoten zum Steigen bringen sowie steigende Gewinnerwartungen von Investor*innen befriedigen.

Sexualisierung der Gewalt

Während unser Alltag immer sexarmer und körperfeindlicher wird – auch dies wurde besonders gut sichtbar im Lockdown –, werden immer oversextere Spielfilme auf den Markt geworfen: Frauenfiguren müssen immer extremer aufgeilen, auch wenn sie zu den «Bösen» gehören und wie die Männer Gewalt anwenden. Schliesslich geht es hier nicht nur darum, moralische Abwertungen der Feinde (Moslems, Russ*innen, Kommunist*innen und so weiter) zu vermitteln, sondern auch die Kundschaft plakatativ zu unterhalten und ihr Mumm und Rüstzeug für das Durchschlagen im omni-

präsen Wettbewerb in ihrer modernen «weiblichen» oder «männlichen» Rolle zu geben.

Feinheiten statt Wettbewerb

Die sozialistischen Gemeinschaften des zwanzigsten Jahrhunderts und ihre Kulturprodukte waren deutlich weniger patriarchal und diskriminierend. Ihre Filme konnten sich mehr auf Feinheiten und Inhalte konzentrieren, weil sie nicht dem kapitalistischen Wettbewerb unterworfen waren. Dies zeigt sich auch im mainstreamigen Eastern «Blutsbrüder»: keine sexuelle Aufreizung und kein übersteigter Machokult, aber Hinweise auf die auf materiellen und spirituellen Ausgleich bedachte, naturnahe indianische Gemeinschaft, gemischt mit – zum Glück nicht dick aufgetragenen – bürgerlichen Zweierbeziehungs- und Familienkitsch. Der wurde damals nur in Subkulturen hinterfragt, dissidente ethnopsychologische und althistorische Wissenschaftler*innen und Intellektuelle hinterfragten ihn erst in den Achtzigern.

BLUTSBRÜDER. PFINGSTMONTAG, 1. JUNI, 16.30-18.00 UHR, MDR
WEITERE TV-TIPPS AUF SEITE 12

Invasion gescheitert

Volker Hermsdorf. **Am 3. Mai drangen von Kolumbien aus kommend 60 schwer bewaffnete Oppositionelle und Söldner in Venezuela ein. Ihr Ziel: Die Entführung des gewählten Präsidenten Maduro. Die Teilnahme von zwei Söldnern der US-Firma Silvercorp wurde von deren Chef bestätigt.**



Präsident Maduro zeigt den unterzeichneten Vertrag für die dann gescheiterte Invasion. Kostenpunkt der Abmachung: 213 Millionen US-Dollars. Bild: zVg

Auch nach dem gescheiterten Invasionsversuch vom 3. Mai verfolgen die USA, Kolumbien und gewaltbereite Teile der Opposition ihr Ziel eines Regime-Change in Venezuelas unbeirrt weiter. Es gebe belegte Hinweise darauf, dass neue Söldnergruppen eine «weitere Aggression» vorbereiten, warnte Venezuelas Präsident Nicolás Maduro am 14. Mai im staatlichen Fernsehsender VTV.

Maduro beschuldigte Kolumbiens rechtsgerichteten Staatschef Iván Duque der Komplizenschaft und warf ihm vor, dass sich die aus «Terroristen und Auftragskillern» bestehenden Kommandos in seinem Land ungehindert formierten. Am selben Tag, an dem Maduro vor neuen Angriffen warnte, informierte Verteidigungsminister Vladimir Padrino López über die Festnahme von 39 Deserteur*innen der venezolanischen Armee, die versucht hätten, illegal aus Kolumbien ins Land zu kommen. Einen Tag zuvor hatte Aussenminister Jorge Arreaza bereits im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angeprangert, dass die «gut bewaffneten Söldner» von den USA und Kolumbien «organisiert, ausgebildet, finanziert und geschützt» worden seien.

Kopfgeld auf Maduro ausgesetzt

Am 3. Mai hatten mehrere – aus insgesamt rund 60 militanten venezolanischen Oppositionellen, Kolumbianern und Söldnern der US-Firma Silvercorp bestehende – Gruppen von Kolumbien aus versucht, in Venezuela einzudringen. Ihr Ziel war unter anderem, den gewählten Präsidenten Nicolás Maduro sowie andere Politiker zu entführen und in die USA zu verschleppen. Washington hatte Ende März ein Kopfgeld in Höhe von 15 Millionen US-Dollar auf Maduro und zehn Millionen auf Diosdado Cabello, den Vorsitzenden der Verfassungsgebenden Versammlung, ausgesetzt. Das venezolanische Militär konnte den Umsturzversuch und die Entführung jedoch vereiteln. Acht der Angreifer wurden dabei getötet und mehr als 30 festgenommen.

Eine zweite Invasoren-Gruppe war am 4. Mai abgefangen worden. Einschliesslich der am 14. Mai gefassten Eindringlinge konnten venezolanische Sicherheitskräfte bis zum vergangenen Wochenende bereits 91, an verschiedenen Invasionsversuchen beteiligte, Verdächtige verhaften. Darunter auch zwei US-Amerikaner.

Geständnis der Söldner

Silvercorp-Chef Jordan Goudreau, ein ehemaliger Elitesoldat der US-Spezialeinheit Green Berets, gab zu, dass die beiden gefangen genommenen US-Amerikaner seine «Mitarbeiter» seien. Dabei handelt es sich um Luke Denman und Airam Berry, zwei ehemalige Soldaten der US-Spezialeinheiten. Luke Denman sagte bei einem von VTV übertragenen öffentlichen Verhör aus, der Auftrag habe gelautet, einen Flugplatz in der Nähe von Caracas zu überfallen und Maduro von dort aus in die USA zu schaffen. Laut Venezuelas Kommunikationsminister Jorge Rodríguez dürfte es nach den bisher bekannten Geständnissen

der verhafteten Söldner für die Trump-Regierung «sehr schwierig» werden, sich der Verantwortung für die missglückte Landung und den Entführungsversuch zu entziehen.

US-Präsident Donald Trump und Aussenminister Mike Pompeo bestreiten allerdings vehement eine «direkte Beteiligung» ihrer Regierung an der «Operation Gideon». Auch Kolumbiens Präsident Iván Duque leugnet jede Verbindung zu der Aktion und will die Öffentlichkeit glauben machen, dass mehrere Schnellboote mit schwer bewaffneten Paramilitärs ohne Kenntnis der Behörden von der Küste seines Landes aus in See stechen können.

Für Donald Trumps Schützling wird es eng

Der Ex-Elitesoldat Jordan Goudreau hatte unter anderem angegeben, am 16. Oktober 2019 in Washington mit Juan José Rendón, dem Chefstrategen des selbst ernannten «Interimspräsidenten» Juan Guaidó, und dem Oppositionsabgeordneten Sergio Vergara eine Vereinbarung über die Aktion abgeschlossen zu haben. Obwohl eine als «Dienstabkommen» bezeichnete siebenseitige Kurzfassung des Dokuments, das erkennbar auch Juan Guaidós Unterschrift trägt, mittlerweile von der Washington Post im Internet veröffentlicht wurde, bestreitet der «Interimspräsident», von der Operation gewusst zu haben. Nachdem Rendón und Vergara Mitte Mai die Echtheit des Silvercorp-Vertrages und ihrer Unterschriften bestätigt hatten, traten sie von allen Ämtern in Guaidós «Übergangsregierung» zurück.

Für den Schützling Donald Trumps, der seine Verantwortung weiterhin hartnäckig abstreitet und behauptet, der Silvercorp-Chef Goudreau habe den Plan «eigenmächtig vorangetrieben», wird die Luft mittlerweile jedoch sehr dünn. Der lateinamerikanische Nachrichtensender Telesur berichtete am 12. Mai über eine Pressekonferenz in Caracas, in der Kommunikationsminister Jorge Rodríguez ein Verhörprotokoll des inhaftierten Söldners Antonio Seques präsentierte, den die Ermittler als «operativen Leiter» der Operation bezeichnen. Seques hatte in seiner Aussage angegeben, dass Jordan Goudreau ihm Mitte März mitgeteilt habe, er sei im Weissen Haus während dessen US-Aufenthalts mit Juan Guaidó zusammengetroffen und von diesem als Anführer der bewaffneten Landungsaktion in Venezuela bestätigt worden. Laut Washington Post liegt der Zeitung inzwischen auch das 41-seitige vollständige Vertragsdokument vor. Darin werde Juan Guaidó eindeutig als «Oberbefehlshaber» der Operation aufgeführt.

Die «Schwarze Liste» der USA

Während China, Russland, Kuba, Vietnam sowie zahlreiche weitere Verbündete und Partnerländer Venezuelas die gescheiterte Invasion und den Entführungsversuch scharf verurteilten, kann Guaidó weiter auf die Unterstützung der meisten europäischen Länder zählen. So eröffnete Grossbritannien unlängst ein «Büro zum Wiederaufbau Venezuelas», das einen von Juan Guaidó angekündigten «Wiederaufbauplan für das Land» nach dem Regime-Change unterstützen soll. «Die britische Regierung versucht, sich Vorteile für ihre Geschäfte zu verschaffen für den Fall, dass Trump sein Kolonialregime in Venezuela durchsetzt», protestierte Venezuelas Vertreter bei den Vereinten Nationen, Samuel Moncada, daraufhin. Aussenminister Jorge Arreaza bestellte Londons Geschäftsträger in Caracas am 14. Mai ins Aussenamt ein, um eine an Grossbritannien gerichtete offizielle Protestnote zu übergeben.

Wie zum Hohn auf die Proteste vieler Länder des Südens gegen die von Washington unterstützte Gewaltaktion paramilitärischer Söldner hat das US-Aussenministerium Venezuela am 12. Mai erneut auf eine Liste von «Schurkenstaaten» gesetzt. So werden umgangssprachlich diejenigen Länder bezeichnet, denen Washington vorwirft, «nicht in vollem Umfang mit US-Aktionen zur Terrorbekämpfung» zu kooperieren. Auf der aktuellen «Schwarzen Liste» von Staaten, die nach Ansicht Washingtons den Terrorismus nicht ausreichend entgegenreten, führt das State Department ausserdem Kuba, den Iran, die Demokratische Volksrepublik Korea und Syrien. Das erinnert an einen Gauner, der «Haltet den Dieb» ruft, um von der eigenen Tat abzulenken.

Klimawandel. Die Fakten mit Harald Lesch. Aus der Reihe ZDFzeit, statt Ausgang, statt Klimademos/-streik. Es bleibt einem momentan nicht viel andres übrig. Eigentlich alles nichts Neues: Wetterextreme werden mehr und extremer. Das Wissen um gewisse Kippunkte, die alles noch verstärken und beschleunigen können. Anders Levermann vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung sagt: «Natürlich ist es toll, wenn jeder Einzelne weniger Auto fährt, weniger fliegt, weniger Fleisch konsumiert. Aber entscheidend ist, dass jeder Einzelne von der Politik über die nächsten 30 Jahre einfordert, dass dieses Problem global gelöst wird. Denn das ist es, was wir brauchen.»

FREITAG, 22. MAI, 24.00–00.45 UHR, ZDF INFO

Sinola. Im Original heisst der Ami-Western Joe Kidd, gespielt von Clint Eastwood, der 90 wird. An den folgenden Tagen sind auf 3sat, SRFzwei und ORF1 Filme aus der Dollar-Trilogie aus diesem Anlass zu sehen. Die sind auch gut, wenn auch weniger politisch als die Auseinandersetzung zwischen Grossgrundbesitzern und aufständischen Kleinbauern hier. John Sturges' Spätwestern von 1972 kopierte das Genre des Italowesterns, und tat dies mit dem Schauspieler, der mit diesen erfolgreich wurde.

SAMSTAG, 23. MAI, 23.10–00.35 UHR, 3SAT

Endo Anaconda. Gibt es ein Leben vor dem Tod? Sternstunde Philosophie mit dem Sänger von Stiller Has. Neben dem Tod geht es auch um den Kommunismus (an einem 1. Mai mal mit den «Roten Seiten» der Kommunistischen Jugend versorgt worden), harte Drogen, Krankheiten, gescheiterte Beziehungen, traumatische Kindheit etc.

SONNTAG, 24. MAI, 9.05–10.05 UHR, 3SAT

Das neue Brasilien. Rechtsruck unter Bolsonaro. Diese Auslandsjournal-Doku, die in der letzten Nummer vorgestellt worden war, fiel Trump und der Corona-Krise zum Opfer. Diese Wiederholung vielleicht auch noch.

MONTAG, 25. MAI, 16.30–17.15 UHR, ZDF INFO

Die Kurden. Unterdrückung, Terrorismus und Verrat. Ein historisch gewachsenes Volk, gerade auch durch die ständige Fremdherrschaft, das ohne Staat ist – und wieder mal Spielball der Mächtigen, allen voran der USA. In Deutschland seit 1993 Betätigungsverbot, seit 1998 als kriminelle Organisation eingestuft, wird die PKK in der Schweiz «nur» fichiert.

DONNERSTAG, 28. MAI, 0.45–1.30 UHR, ZDF

FREITAG, 29. MAI, 4.00–4.45 UHR, ZDF

DONNERSTAG, 4. JUNI, 18.00–18.45 UHR, ZDF INFO

FREITAG, 12. JUNI, 11.00–11.45 UHR, ZDF INFO

SAMSTAG, 13. JUNI, 6.15–7.00 UHR, ZDF INFO

König Drosselbart. Was für die Kinder. Märchenfilm in DEFA-Qualität von 1965, nach den Gebrüder Grimm. Mit Manfred Krug.

SONNTAG, 31. MAI, 13.45–14.55 UHR, RBB

Volle Fahrt aufs Abstellgleis. Über das Verschwinden der Güterzüge. Danach: Bahn ohne Plan. Güterzüge auf dem Abstellgleis. Sowohl in dieser planet.e-Folge wie auch in der ZDFzoom-Doku wird die Schweiz mal wieder idealisiert. Ausgebaut wurde hierzulande neben dem Personenverkehr nur die NEAT. Wurden zuerst Stückgut- dann Wagenladungsverkehr eingedampft, wird jetzt überall die Infrastruktur «zurückgebaut». Güterschuppen ab-, Anschlussgleise herausgerissen. Rampen geschleift. Und die Bauern müssen für ihre Zuckerrüben auch immer weiter fahren. Für eine allfällige Verlagerung müssten wieder Milliarden investiert werden.

MITTWOCH, 3. JUNI, 17.45–18.15 UHR,

ZDF INFO

MITTWOCH, 3. JUNI, 18.15–18.45 UHR,

ZDF INFO

Kurt Weill. Leider war in der letzten Ausgabe der Link zur Paganini-Episode falsch, in welcher zwei sehenswerte Konzerte, eines mit avantgardistischer Weill-Musik, das anschliessende von den Doors, gezeigt wurden. Das Tessiner Fernsehen heisst RSI (nachdem es zuvor RTSI, noch früher TSI hiess), nicht RTS (das der Romandie, früher TSR), wo zwar noch mehr Material unter angegebener Suche zu finden ist. Unter SRF: praktisch nichts. Dafür wäre da die Liste der vergangenen Namen noch länger, von den Logos gar nicht erst zu sprechen, bis zurück zum Schliessmuskel...

WWW.RSI.CH/PLAY, «KURT WEILL» EINGEBEN



Der Washington Post liegt das 41-seitige Vertragswerk vor, das unter anderem von Silvercorp-Chef Goudreau und Juan Guaidó unterzeichnet worden ist. Bild: zVg